

Die StuRa-StoRy

Studentische Interessenvertretung in Ostdeutschland seit 1989

Peer Pasternack

Es begann im Oktober 1989. Die Studierenden waren nicht die Speerspitze des gesellschaftlichen Umsturzes in der DDR gewesen. Das einte sie mit Gemüsehändlern, Produktionsarbeitern oder Betriebsabteilungsleitern, also ihren Eltern. Es gab keine sozialmilieubestimmte Gruppe, die Träger des überraschenden Vorgangs war. Freilich gab es solche Gruppen, die seine emanzipatorischen Chancen nutzten.

Die DDR-Studierenden, zum Beispiel, begannen zügig, sich selbstbestimmt zu organisieren. Von Lenin und dem Neuen Forum schauten sie sich den Rätegedanken ab. Fortan waren sie zumindest an den Hochschulen die erste und längere Zeit einzige Gruppe, die als Gruppe auftrat. Die Organisationsfrage ist zentral in einer Revolution – auch das hatten die DDR-StudentInnen in den Zwangsvorlesungen zur KPdSU-Geschichte gehört. Folglich gründeten die Studentenräte alsbald auch einen Dachverband. So hatte die nun folgende Geschichte begonnen.

StudentInnen im Herbst '89

1989 absolvierten in der DDR an 54 Hochschulen ca. 135.000 und an rund 250 Fachschulen ca. 94.000 Studierende ein Direktstudium. Für den (drei- bis vierjährigen) Fachschulbesuch war das Abitur keine Voraussetzung. Rund zehn Prozent eines Altersjahrgangs erwarben das (zulassungsbeschränkte) Abitur und nutzten die damit erworbene Hochschulzugangsberechtigung auch fast vollständig. Die Studierenden an Hochschulen machten ca. achtzig Prozent der GesamtstudentInnenschaft aus.¹

Der Staat sicherte allen Hoch- und FachschulabsolventInnen einen Arbeitsplatz zu (auch wenn die bildungsplanerischen Vorausberechnungen des Akademikerbedarfs sich nie bestätigten). Gleichzeitig hatte sich jede/r StudienanfängerIn verpflichten müssen, nach Abschluß des Studiums drei Jahre dort zu arbeiten, wo es die „gesellschaftlichen Erfordernisse“ gebieten.²

In diese Atmosphäre des Behütetseins platzte der '89er Herbstumbruch hinein. In der Kernphase des Umbruchs in der DDR verhielten sich die Studierenden – wie die WissenschaftlerInnen

¹ Vgl. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hg.): Vergleich von Bildung und Erziehung in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik, Köln 1990; Michael Leszczensky/Bastian Filaretow: Hochschulstudium in der DDR. Statistischer Überblick. Hrsg. vom Hochschul-Informationssystem HIS, Hannover o.J. [1990].

² Vgl. die entsprechende Verpflichtungserklärung, abgedruckt in: Fachtagung Medizin, AG Studiengestaltung in den fünf neuen Bundesländern (Hg.), Der Ostreader. Versuch über Medizinstudium und studentische Interessenvertretung der Medizinstudierenden in den neuen Bundesländern, Leipzig o.J. [1993], S. 4.

und die Hochschulen insgesamt – sowohl differenziert als auch widersprüchlich. Unterschieden werden muß zwischen dem Verhalten der Hochschulen, von Gruppen und der Individuen:

- Die *Hochschulen* glänzten – obwohl es auch in ihnen gäbe – während des Umbruchs vor allem durch Disziplinierungsversuche gegenüber ihren Angehörigen. Erst relativ spät schalteten sie sich in den sog. *Dialog* ein. Treibende Impulse gingen von den Hochschulen als Institutionen kaum aus.
- Die *Gruppen* an den Hochschulen wurden *als Gruppen* während der Anfangsphase des Umbruchs kaum aktiv. Das Verhalten der meisten ProfessorInnen war vor allem durch Ängstlichkeit geprägt. Die Studierenden durchbrachen als erste hochschulische Gruppe tradierte Muster: Sie griffen das herrschaftlich angemäßte Vertretungsmonopol der Freien Deutschen Jugend (FDJ) an, organisierten die Bildung eigenständiger studentischer Interessenvertretungen (StudentInnenRäte) und setzten diese durch.³
- *Individuell* beteiligten sich mehr Hochschulangehörige an den zusammenbruchsfördernden Demonstrationen, als dies übliche Klischees vermitteln. So geben Heublein/Brämer zur individuellen Beteiligung an den 1989er Herbst-Demonstrationen – ein denkbarer Indikator für die Messung von Aktivitäten innerhalb des Umbruchs – in einer Auswertung der Untersuchung *Student 90* an: „Im Durchschnitt hat sich jeder DDR-Studierende an vier Demonstrationen beteiligt, jeder fünfte sogar an mehr als fünf.“⁴ Dies geschah, ohne daß sie dort *als Gruppe* der StudentInnen aufgetreten wären.

Geprägt waren die Diskussionen an den Hochschulen in dieser Zeit besonders stark von einem damals kurze Zeit vorherrschenden gesellschaftlichen Grundkonsens – auch dann noch, als dieser Grundkonsens gesellschaftlich nicht mehr bestand: Das, was angestrebt wurde, sollte in irgendeiner Weise eine solidarische Gesellschaft werden, eine Alternative zum kapitaldominierten Gesellschaftsmodell des entwickelten Westens des Nordens. In den vorhandenen Grundstrukturen der DDR-Gesellschaft, insbesondere in der Dominanz des (formal) vergesellschafteten Eigentums wurde eine strukturelle Ausgangsbedingung für eine tatsächlich emanzipatorische Entwicklung gesehen. Hier gab es Parallelen zu weiten Teilen der Bürgerbewegungen.

Dass die Studenten sich zuvor nicht zu einem kollektiven (Mit-)Auslöser des Umbruchs auf der Straße formiert hatten, kann kaum verwundern. Es hatte dies eine gesellschaftliche und eine gruppenspezifische Ursache. Erstere ist oben bereits genannt worden: Nicht nur die Studierenden waren kein kollektiver Träger der Demonstrationen, sondern der gesamte 89er Herbst-Aufbruch wurde von keiner sozialmilieubestimmten Gruppe initiiert und getragen. Vielmehr war dieser Aufbruch der DDR-Gesellschaft von politisch motivierten, nämlich den Bürgerrechtsgruppen als punktueller Protest initiiert worden; zu Massen auflaufende Einzelindividuen jeglicher sozialer Herkunft verallgemeinerten den Aufruhr; das Regime schließlich, das seiner Selbstgewissheit verlustig gegangen war, tolerierte den Vorgang faktisch.

Gruppenspezifisch erklärt sich die studentisch-kollektive Abstinenz bei der *Auslösung* des Umbruchs aus biographischen Prägungen: Als dritte Generation der DDR unter permanenter

³ Vgl. die Kapitel „Die DDR-Studenten im Herbst 89“ und „Die Studentenbewegung zwischen Anspruch und Realität“, in: Malte Sieber/Ronald Freytag, *Kinder des Systems. DDR-Studenten vor, im und nach dem Herbst '89*, Berlin 1993, S. 71-147.

⁴ Ulrich Heublein/Rainer Brämer: *Studenten im Abseits der Vereinigung. Erste Befunde zur politischen Identität von Studierenden im deutsch-deutschen Umbruch*, in: *Deutschland Archiv* 9/1990, S. 1397-1410, hier 1403.

staatssozialistischer Indoktrination sozialisiert, in rigide wirkenden, zusätzlich disziplinierenden Ausleseprozessen an die Hochschule gelangt und dort in ein verschultes Studiensystem integriert, hatten die Studierenden ein bedeutendes Maß an Fremdwangsteuerung internalisiert.⁵ Um so mehr überrascht es, dass sie dann nach kurzer Zeit auch Selbststeuerungspotentiale zu mobilisieren vermochten.

Eine inhaltliche Erklärung für die studentische Bereitschaft zu gestalterischem Handeln ab Mitte Oktober 1989 findet sich in dem Umstand, dass die Identifikation der DDR-Studierenden mit dem System bereits in den letzten Jahren zuvor rapide abgenommen hatte. In den achtziger Jahren war – nach den Untersuchungen *Studentenintervallstudie 1977* und *Student 89* – unter den DDR-Studenten ein signifikanter Ablösungsprozess von der SED- und Staatsführung zu beobachten. Die einschränkungslose Verbundenheit mit der SED, im Jahre 1977 noch 32%, war im Frühjahr 1989 auf 7% gefallen. Diejenige mit der FDJ hatte einen Rückgang von 1977 36% auf 1989 2% zu verzeichnen.⁶

Allein: Diese Distanzierungen geschahen vor dem typischen Hintergrund der geschlossenen Gesellschaft. Das unmittelbare Erleben von und die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Alternativen war versperrt. Es konnte folglich die erlebbare Gesellschaft nur mit ihren eigenen selbstformulierten Ansprüchen verglichen werden. Derart basierte der studentische Distanzierungsprozeß u.a. gerade auf dem Ernstnehmen der vorgegebenen sozialistischen Programmatik und nicht auf einer Loslösung von dieser.⁷

So sahen viele der Studierenden nun zunächst vor allem eine Chance: Liberalisierungen der erstarrten Strukturen selbstbestimmt mit vorantreiben und nutzen zu können.⁸ Noch in den Herbstwochen des Jahres 1989 wurden auf Initiative der Studierenden Pflichtsport, Pflichtfremdsprachenausbildung und Marxistisch-leninistisches Grundlagenstudium (MLG) abgeschafft. In den Gremien zahlreicher Hochschulen sollten die studentischen VertreterInnen in der Folgezeit permanente Impulsgeber werden.⁹

Auffällig aber vor allem war, dass auch sofort die Notwendigkeit der Organisierung der studentischen Interessen erkannt wurde. In Gestalt der Studentenräte, später StudentInnenRäte (StuRa/StuRä) wurde ein eigenständiges Organisationsmodell entwickelt und durchgesetzt. Dies bleibt vor allem anderen bedeutsam: Die Studierenden erkämpften sich im Herbst 1989 selbstbestimmt eine eigene organisatorische Struktur und waren damit allen anderen Gruppen an den DDR-Hochschulen zeitlich weit voraus.

⁵ Vgl. ausführlicher zu den Studierenden in der DDR: Sieber/Freytag, *Kinder des Systems...*, a.a.O., S. 17-52.

⁶ Uta Starke: *Ostdeutsche Studenten zwischen Wende und deutscher Einheit*, in: *hochschule ost* 8/1992, S. 16-21, hier 16f.

⁷ Vgl. Heinz Ulrich: *Resignation und Entpolitisierung – die Studierenden auf dem Rückzug*, in: Peter Förster/Walter Friedrich/Harry Müller/Wilfried Schubarth: *Jugend Ost: Zwischen Hoffnung und Gewalt*, Opladen 1993, S. 208-216, hier 209.

⁸ Vgl. Ulrich Heublein: *Gesellschaftsbild und gesellschaftlich-politische Einstellungen ostdeutscher Studierender zur Zeit der Wende*, hrsg. von der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern, Halle/S. 1992.

⁹ Vgl. Christian Füller: *Die Rolle der Studierenden beim Umbruch in den DDR-Universitäten 1989–1990*. Überarb. Fassung d. Diplomarbeit am FB Politische Wissenschaft FU Berlin, Berlin 1991, S. 52-68; Sieber/Freytag, *Kinder des Systems...*, a.a.O., S. 71-147; exemplarisch für die Berliner Humboldt-Universität: Mechthild Küpper, *Einheitsschmerzen zwischen Abwicklung und Selbstreform*, o.O. [Berlin] 1993, S. 109-117.

Die Diskussionen um ein studentisches Vertretungsmodell und dessen Durchsetzung

In der DDR hatte die Freie Deutsche Jugend (FDJ) ein studentisches Vertretungsmonopol. ‚FDJ‘ hieß zunächst: hauptamtliche FunktionärInnen. Zwar organisierte die FDJ als Staatsjugendorganisation, basierend auf dem Prinzip der Individualmitgliedschaft, den größten Teil der DDR-Jugend, so auch 95% der Studierenden. Doch ging deren Vertretung durch die hauptamtlichen FunktionärInnen oft genug an den tatsächlichen Interessenlagen der StudentInnen vorbei. Sie war geprägt durch politische und ideologische Vorgaben, durch das Streben nach Einvernehmen mit den jeweiligen Hochschulparteileitungen sowie Rektoratskollegien. Sie konnte infolgedessen – selbst bei auch vorhandenem guten Willen einzelner FunktionärInnen – den administrativ und durch das Selbstverständnis als „Kampfeserve der Partei“ gesetzten Rahmen kaum durchbrechen.

Folglich bestimmte im Herbst 1989 zunächst die Negation die Positionen: Gründungskonzepte für eine neue studentische Interessenvertretung wurden vor allem in dezidiert abgegrenzter Abgrenzung von der FDJ formuliert.¹⁰

Ein anfänglicher wichtiger Diskussionspunkt bestand darin, ob ein neuer Verband (bzw. neue Verbände) für Studierende zu gründen sei oder ob besser ein Rätemodell zu favorisieren wäre. Zugleich bestand ein wesentlicher Kritikpunkt an der FDJ in folgender Tatsache: Diese FDJ gab immer vor, alle Studierenden – unabhängig von weltanschaulicher und politischer Orientierung – zu vertreten. Gleichzeitig jedoch vertrat sie immer nur eine ganz bestimmte politische Linie: die der jeweiligen Partei- und Staatsführung. Derartiges sollte nun, so die aktiven Studierenden, für die Zukunft ausgeschlossen werden. Desweiteren ging es darum, ein StudentInnenvertretungsmodell zu entwickeln, das bei den Studierenden überwiegende Akzeptanz erfährt. Dies hatte zweierlei zur Folge:

- Zum einen setzte sich das Rätemodell als vorzuschlagende Basisstruktur studentischer Vertretung durch. Studentische Verbände wurden als nichtkonkurrierende Strukturen einer anderen Ebene betrachtet.
- Zum anderen gab es aufgrund der Akzeptanzfrage Diskussionen um die Selbstdefinition der StuRä als „gewerkschaftlich“, „unpolitisch“, „quasigewerkschaftlich“, „ausschließlich soziale Interessen vertretend“ und dgl. Diese Diskussionen spielten sehr lange eine Rolle, zum Teil sind sie noch heute, 1999/2000, virulent. An den einzelnen Hochschulen wurde dabei zu unterschiedlichen Ergebnissen gelangt. Die gesellschaftlichen Entwicklungen freilich zwangen in der Folgezeit oftmals auch den sich eher „quasigewerkschaftlich“ verstehenden StuRä eine gewisse Politisierung ihres Handelns auf.

Erwähnung muss finden, dass sich auch einige studentische Verbände bildeten, die allerdings meist lokal beschränkte Gruppen blieben (z.T. auch nicht mehr sein wollten). So gründete sich in Leipzig der „Studentenbund Leipzig“, dessen Aktivitäten sich in zwei Presseerklärungen erschöpften.¹¹ In Halle/S. wurde der „Bund Sozialdemokratischer Studenten“ gebildet, der später in den

¹⁰ Vgl. Konzepte und Standpunkte. Einige Dokumente zu neuen Formen studentischer Interessenvertretung, o.J. [November 1989], dok. in: Konferenz der StudentInnenschaften (Hg.), Der ultimativ letzte Reader, Berlin 1994, S. 26-31.

¹¹ Gründungserklärung des Studentenbundes – Leipzig, 25.10.1989, Leipzig, unveröff.; Der Studentenbund Leipzig fordert eine provisorische Regierung und die Vorbereitung von Neuwahlen, 9.11.1989, Leipzig, unveröff.

Juso-Hochschulgruppen aufging.¹² Längere Zeit existierte in Jena die seinerzeit entstandene „Studentische Linke“.¹³ Ein größerer Teil von Studierenden gehörte zu den GründerInnen und AktivistInnen des „Marxistischen Jugendverbandes ‚Junge Linke‘“, der dann mit den westdeutschen Jungdemokraten fusioniert ist.

Eine Besonderheit der diesbezüglichen Entwicklungen stellten Versuche dar, innerhalb der FDJ einen Studierendenverband zu bilden. Anfangs war dies das einzige, worüber die FDJ überhaupt diskutieren wollte. Dann schlug sie eine Struktur vor, in der die StudentInnenRäte integriert sein sollten. Ihr praktisches Hauptproblem dabei war allerdings, daß es kaum jemanden gab, der mit ihr darüber diskutieren wollte. Schließlich favorisierten einige FDJ-FunktionärInnen die Bildung eines neuen Verbandes außerhalb der FDJ. Dies wurde auch realisiert: In Berlin gründete sich der Sozialistische Studentenbund (SSB), der dann aber auf Berlin beschränkt blieb.¹⁴

Im Laufe des Jahres 1990 gab es schließlich auch Versuche westdeutscher parteipolitischer Studierendenverbände, an den ostdeutschen Hochschulen Fuß zu fassen. Das kann im wesentlichen als fehlgeschlagen bezeichnet werden – erst in der zweiten Hälfte der 90er Jahre erreichten Juso-Hochschulgruppen und der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) gewisse Kontinuität in ihrer Arbeit an einzelnen Hochschulen. Die Ursachen für die anfänglichen Schwierigkeiten sind primär dieselben, die bald nach der Anfangseuphorie auch zum Abflauen der Mitarbeit in den StuRäs führten: Rückzug aus politischen Zusammenhängen, Individualisierung und vorrangige Orientierung auf Herstellung persönlicher Arbeitsmarktfähigkeit.

Die FDJ-Leitungen an den Hochschulen hatten bis Dezember 1989/Januar 1990 benötigt, um den Umstand zu verarbeiten, daß ihre Zeit abgelaufen ist. Dann beschäftigten sie sich mit ihrer eigenen Abwicklung. Es dauerte großteils noch bis Februar 1990 oder länger, bis sich die FDJ-Strukturen an den Hochschulen aufgelöst hatten.¹⁵

Die StudentInnenRäte kämpften während dessen intensiv um ihre Anerkennung als legitimierte Interessenvertretungen. Es gab dabei sowohl vorbehaltlose Anerkennungen seitens einzelner SektionsdirektorInnen wie auch zögerliche Haltungen vor allem bei Hochschulleitungen. Letztere beriefen sich auf die ungeklärte Rechtslage. Anfang Dezember legte das Ministerium für Bildung der DDR einen Verordnungsentwurf „Demokratische Mitbestimmung der Studenten“ vor.¹⁶ In diesem wurden Regelungen für die Arbeit der StuRä formuliert. Zum Erlaß einer solchen Verordnung kam es dann infolge der sich 1990 überschlagenden Ereignisse nicht mehr. Die StuRä setzten sich naturwüchsig durch.

¹² Vgl. den Beitrag von Johannes Wien/Christian Hingst: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität. Geschichte der sozialdemokratischen Studierendenverbände in Ostdeutschland, im vorliegenden Band.

¹³ Vgl. Tilo Schieck: Der Herbst der Studenten? Persönliches Resümee des Wendejahres an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, in: *hochschule ost* 6/1994, S. 102-108.

¹⁴ Vgl. dessen Selbstdarstellung in: Peter Gerstenberger/Manfred Zißler (Hg.), *Jugendbewegung in der DDR. Kurzporträts und Dokumente*, Berlin 1990, S. 118-122; einen früheren Diskussionsstand dokumentiert: Standpunkt des Zentralrats der FDJ zum Antrag der FDJ-Kreisleitung der Humboldt-Universität zu Berlin zur Bildung eines „Sozialistischen Studentenbundes in einer neuen FDJ“, dok. in Sieber/Freytag, a.a.O., S. 290.

¹⁵ Vgl. exemplarisch für Leipzig: StudentInnenRat der Universität Leipzig (Hg.): *Eine Uni wendet sich. Die (Karl-Marx-)Uni Leipzig zwischen Herbst '89 und Abwicklung*. textsammlung. unkommentiert, Leipzig 1991, S. 9f.

¹⁶ Ministerium für Bildung: *Demokratische Mitbestimmung der Studenten*, o.O. [Berlin {DDR}], 7.12.1989, unveröff.

Hatte sich der erste StudentInnenRat an der Karl-Marx-Universität Leipzig bzw. an der Humboldt-Universität zu Berlin im Oktober bzw. November 1989 gegründet (es gibt unterschiedliche Auffassungen darüber, ob die spontane Bildung eines vorläufigen, d.h. noch nicht durch Wahl legitimierten Rates – wie in Berlin – oder die Konstituierung eines uni-weit gewählten Rates – wie in Leipzig – den Anspruch auf die Ehre des Ersten begründet), so entstanden in der Folgezeit bis etwa Februar 1990 an nahezu allen DDR-Hochschulen StuRä.

Eine Besonderheit stellte in der DDR die Existenz von rund 250 Fachschulen dar (in Westdeutschland waren aus ähnlichen Einrichtungen zum Ende der 60er Jahre die ersten Fachhochschulen entstanden). Für ihren Besuch war kein Abitur, meist jedoch eine Berufsausbildung erforderlich. Ein Studium dort dauerte im Regelfall drei Jahre. Vom Status her waren die dort Lernenden gleichfalls Studierende. An den Fachschulen hielt sich die FDJ besonders renitent und verteidigte ihre behauptete Interessenvertretungsrolle. Es dauerte dort folglich relativ lange, ehe sich StudentInnenRäte durchgesetzt hatten – zum nicht geringen Teil schließlich auch nur durch Metarmorphosen der bisherigen FDJ-Leitungen.

Interessanterweise waren zwar die Verbindungen zwischen den StudentInnenschaften der verschiedenen Hochschulen in dieser Aufbruchphase eher lose, doch wurden überall sich ähnelnde Strukturmodelle für die StuRä entwickelt. Sie gingen alle von zwei Grundsätzen aus:

- einerseits stand die strikte Fachschaftsverankerung im Vordergrund,
- andererseits wurde ein Kompromiß zwischen repräsentativ- und basisdemokratischem Modell versucht.

Die Fachschaften wählten auf Vollversammlungen ihre SprecherInnen, von denen sie im StuRa – mit einem imperativen Mandat ausgestattet – vertreten werden. Es fanden also Personen- und keine Listenwahlen statt. Neben der so konstituierten SprecherInnenversammlung – dem eigentlichen StuRa – waren in den Strukturen nebengeordnete Arbeitsgruppen vorgesehen. Diese konnte jede Studentin und jeder Student bilden, um zu einem bestimmten Projekt oder Thema zu arbeiten und darüber ggf. Einfluß auf die StuRa-Tätigkeit zu nehmen. Daneben hatten in den ersten Jahren Uni-Vollversammlungen, Urabstimmungen als höchste Entscheidungsinstanzen der StudentInnenschaften und Vetorechte für bestimmte Gruppen wie StudentInnen oder ausländische Studierende einen großen Stellenwert – zumindest in den Satzungen.

Heute gibt es an den meisten Hochschulen modifizierte Strukturen. Diese resultieren aus der Auswertung gesammelter Erfahrungen vor Ort wie aus Zwängen der Anpassung an landesrechtliche Regelungen. Gleichwohl schimmert das Grundmodell auch heute noch – je nach Land und Ort mehr oder weniger deutlich – durch.

Die Konstituierungsprozesse der StuRä hatten erhebliche Kräfte der Aktiven gebunden. Zu leisten war 1989/90 freilich mehr. Zusammengefaßt können fünf Dinge genannt werden, die parallel zu bewältigen waren:

1. die Klärung der Struktur und Arbeitsweise der StuRä,
2. die Interessenvertretung der Studierendenschaften,
3. die Durchsetzung der Akzeptanz der StuRä bei den Hochschulleitungen (und das hieß zuvörderst gegen die FDJ),
4. die Erarbeitung der Akzeptanz bei den jeweiligen Studierendenschaften sowie
5. die Herstellung und Pflege lokaler und überregionaler Kontakte und Koordinierungen – die zahllosen Einladungen an westdeutsche Hochschulen etwa waren in den ersten Monaten schlicht nicht mehr bewältigbar.

Daneben wurde die Außenwirkung der Studierendenschaften als sehr wichtig angesehen. Ein erster Höhepunkt in dieser Beziehung war die StudentInnendemo am 17. November 1989 in Berlin. Etwa 4000 Studierende von zahlreichen DDR-Hoch- und Fachschulen forderten dort Mitbestimmungsrechte für die sich bildenden StudentInnenRäte und eine grundlegende Studienreform. Zwei wesentliche Ereignisse waren auch die beiden DDR-BRD-StudentInnenkongresse. Der erste fand im Januar 1990 an der Heinrich-Heine-Uni Düsseldorf statt, veranstaltet von den ASten der Unis Düsseldorf und Bonn und dem StuRa der Leipziger Universität. Das Thema: „Wider die Vereinigung – unser Haus heißt Europa“. Dort waren etwa 200 TeilnehmerInnen zu verzeichnen.¹⁷ Der zweite wurde vom StuRa der Karl-Marx-Universität Leipzig mit Unterstützung der Uni-Asten aus Frankfurt/M., Düsseldorf und Bonn in Leipzig durchgeführt. Das Thema dort – schon Reflex auf die politischen Entwicklungen –: „Grenzen – lose Zukunft statt nationaler Vereinnahmung“. Mit 800 TeilnehmerInnen, davon 600 aus der Bundesrepublik, eine durchaus große, inhaltlich zwar recht hilflose, unterm Happening-Gesichtspunkt jedenfalls als amüsant eingestufte Veranstaltung.¹⁸

Die Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 und ihre Auswirkungen auf die studentische Interessenvertretung

Die eigenständige Abschaffung der Fremdverwaltung der Studierenden und die Durchsetzung ihrer Selbstverwaltung durch die Bildung unabhängiger StudentInnenRäte war originärer Bestandteil des demokratischen Aufbruchs im Lande. Es folgte der Niedergang der von einer breiten Basis getragenen emanzipatorischen Bewegung in der DDR. Die damit einhergehenden Desillusionierungen spiegelten sich dann auch an den Hochschulen und innerhalb der Studierendenschaft des Landes. Die Volkskammerwahl vom 18. März 1990 mit dem allgemein überraschenden Wahlerfolg der vormaligen Blockpartei CDU, die eine schnelle deutsche Vereinigung anstrebte, markierte dabei eine entscheidende Zäsur. Deutlicher, meinten viele, könne das Streben nach selbstbestimmter gesellschaftlicher Entwicklung nicht torpediert werden. Der resignative Rückzug vieler politischer Akteure war die Folge. Das bekamen auch die StudentInnenRäte zu spüren.

Die Verbleibenden freilich versuchten, sich in ihrer Arbeit situationsadäquat zu orientieren. Das hatte zwei Gründe: Zum einen sollte dem sich verbreiternden Desinteresse relevanter Teile der Studierendenschaft entgegen gewirkt werden. Zum anderen war die Situation durch die allgegenwärtige Gefahr einer Paralyse des gesellschaftlichen Lebens gekennzeichnet. Das beschwor insbesondere bei sozial schwachen bzw. wenig sozialmächtigen Gruppen existentielle Verunsicherungen herauf. Dem gegenzusteuern wurde durch eine verstärkte Orientierung auf die unmittelbaren sozialen Interessen der Studierendenschaft versucht. In der Tat deuteten sich die ersten sozialen Friktionen an. Die Liberalisierung der Preise setzte ein. Betriebe begannen mit Entlassungen und ließen mithin nicht erwarten, dass sie HochschulabsolventInnen einstellen würden. Kindertagesstätten waren gefährdet. An diesem Punkt gab es einen Umschlag vom eher spielerischen Umgang mit den neuen politischen Möglichkeiten zur Orientierung auf – nun als existentiell notwendig empfundene – knallharte soziale Interessenvertretung. Dadurch ließ sich das bereits spürbare Ab-

¹⁷ Vgl. StudentInnenRat der Universität Leipzig (Hg.): Eine Uni wendet sich., a.a.O., S. 24.

¹⁸ Vgl. ebd., S. 25-28; Peer Pasternack: Studentisches Ost-West-Mißverständnis, in: Hannes Bahrmann/Christoph Links (Hg.), Bilderchronik der Wende. Erlebnisse aus der Zeit des Umbruchs 1989/90, S. 130f.

flauen der anfänglichen Beteiligungseuphorie noch etwas hinauszögern. Insgesamt konnte es aber nicht aufgehalten werden.

Immerhin aber gab es zunächst an zahlreichen Hochschulen Aktionstage für die Fortsetzung und Verbesserung der sozialen Absicherung der Studierenden. Der Höhepunkt dessen war die große studentische Protestaktion, die die Volkskammersitzung am 7. Juni 1990 begleitete. Auf dieser sollte – die nahende Währungsumstellung warf ihre Schatten voraus – ein Stipendium unterhalb des Existenzminimums und die Aufhebung seiner Elternunabhängigkeit beschlossen werden. Mehrere tausend StudentInnen durchbrachen die Bannmeile um den Tagungsort, erzwangen die Verlesung einer Erklärung der Studierenden vor dem Plenum durch den vorsitzführenden Volkskammer-Vizepräsidenten, ein Gespräch mit diesem und Bildungsminister Meyer und setzten die Aktion mit einem anschließenden einwöchigen Hungerstreik fort. Am Ende dieser Woche wurde ein geringfügig höherer Stipendiansatz als der ursprünglich vorgesehene beschlossen.¹⁹

Die studentische Beteiligung an den im engeren Sinne hochschulpolitischen Auseinandersetzungen war bereits in dieser Zeit Sache einiger Weniger. Diese freilich hatten sich unter dem Druck der Umstände zu ExpertInnen entwickelt. Es gab durchaus vielfältige innerhochschulische Reformbestrebungen. Sie bezogen sich sowohl auf inhaltliche wie strukturelle wie personelle Erneuerungen. Die Aktivitäten verzeichneten auch durchaus Erfolge. Neue Fachbereichsstrukturen, durch Originalität ausgezeichnete Studienprogramme sowie interdisziplinäre Struktur- und inhaltliche Vorstellungen wurden entwickelt. Der (Wieder-)Organisation einer akademischen Selbstverwaltung eignete vielfach eine an deutschen Universitäten ungekannte demokratische Substanz. Ehren- und Rehabilitierungskommissionen nahmen an den Hochschulen ihre Arbeit auf. FunktionsträgerInnen wurden verpflichtet, gegenüber MitarbeiterInnen und Studierenden die Vertrauensfrage zu stellen. Die Hochschul-Verfassungsdiskussionen waren über weite Strecken sehr demokratisch geprägt und zeichneten sich mitunter durch Originalität aus.²⁰

Zugleich gab es gegenläufige Tendenzen. Strukturelle Erneuerung wurde – professoral dominiert – bereits 1990 vielfach als konservative Modernisierung betrieben. Inhaltliche Neuorientierungen trugen oftmals zum nicht geringen Teil den Ballast tradierter Befangenheiten in sich oder waren lediglich auf möglichst vollkommene Anpassung an die in Westdeutschland dominierenden Trends gerichtet. Die personelle Selbsterneuerung der Hochschulen wurde von unterschiedlichen Seiten hintertrieben.

Letztlich zeigte sich bereits damals, was auch westdeutsche Erfahrung ist: Hochschulen sind zu sehr in sich selbst verankert, als dass sie sich aus sich selbst heraus erneuern könnten. Ohne das Zusammentreffen von innerhochschulischen und außerhochschulischen Erneuerungsimpulsen muss das Unterfangen notwendig in Ansätzen stecken bleiben. Seitens der politischen Administration gab es kein tatsächliches Interesse an einer Erneuerung der *vorhandenen* Hochschulen.

Dieses nicht vorhandene Interesse verweist auf ein Charakteristikum der Situation: Der Versuch einer eigenständigen Erneuerung an den Hochschulen und Instituten stellte angesichts der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen vor allem anderen einen Anachronismus dar. Dieser Versuch hätte nur gelingen können, wenn er mit einer Aufarbeitung eigener Vergangenheit und offener-öffentlicher Selbstbefragung verbunden gewesen wäre. Dafür gab es weder ein gesellschaftli-

¹⁹ Vgl. Sieber/Freytag, *Kinder des Systems...*, a.a.O., S. 161-170.

²⁰ Vgl. Gewerkschaft *Erziehung und Wissenschaft* (Hg.): *Hochschulverfassungen in den neuen Bundesländern*. Dokumentation, zusammengestellt von Daisy Mottek, Berlin 1991.

ches Interesse noch ein entsprechendes sozialatmosphärisches Umfeld. Dieses war vielmehr durch Verdrängung und Abrechnung geprägt. Verwunderlich wäre gewesen, wenn sich ausgerechnet die Hochschulen diesem situativen Druck hätten entziehen können.

Eine soziologisch informierte Erklärung muß berücksichtigen, welcherart die extern gesetzten Rahmenbedingungen waren: Es wurde von politischer Seite eine solche hochschulinterne Selbsterneuerung verlangt, die eine soziale, berufliche, akademische Perspektive für die potentiellen Erneuerer weder garantierte noch kalkulierbare Prognosen darüber ermöglichte. Als bald war hingegen zu vermuten: Die Wissenschaftler hatten mehr zu verlieren als ihre Ketten. Nicht allein der Gewinn wissenschaftlicher Freiheit stand ins Haus. Es drohte auch, zumindest für einen Großteil, der Verlust des Arbeitsplatzes. Schließlich: Der Reformeifer der „management- und politikerfahrenen alten Kader“ mußte „dadurch gebremst sein, daß sich nicht wenige von ihnen selber hätten abschaffen müssen, wenn sie mit der Selbsterneuerung ernst gemacht hätten.“²¹

In solchem Zusammenhang mussten die Ergebnisse hochschulpolitischer Arbeit der studentischen AktivistInnen unbefriedigend bleiben. Festgehalten werden sollte aber, dass 1990 vom Dachverband der ostdeutschen StudentInnenRäte immerhin auch konzeptionelle Vorstellungen entwickelt worden waren:

- *zur elternunabhängigen Studienfinanzierung:*²² In der DDR hatte es ein elternunabhängiges Stipendium für alle Studierenden gegeben. Dieses betrug 200,- Mark oder ein Fünftel eines Facharbeiterlohnes. Damit ließ es sich überleben in der durchsubventionierten DDR. Die StudentInnenRäte fanden zumindest die Idee mit der Elternunabhängigkeit übertrag- und die BAFÖG-Verwaltungskosten in Stipendien transferierbar;
- *im Zusammenhang mit der Debatte um ein DDR-Hochschulrahmengesetz:*²³ Hochschulrechtlich wollten die ostdeutschen StudentInnenvertretungen insbesondere zu *einem* Thema den großen Angriff starten: das ordinariatsinspirierte Hochschulrecht der Bundesrepublik sollte aus den Angeln gehoben werden. Die überregionale Willensbildung zu diesem Thema speiste sich nicht zuletzt aus konkreten ermutigenden Erfahrungen vor Ort. Dort wurden Konzile mit Viertelparitäten gewählt, die DDR-Professorenschaft fand sich zu demokratischen Verfahren gedrängt, und die neuen Universitätsverfassungen schrieben plebiszitäre Fingerübungen fest.

Abwicklungen und Studierende

Mitte Dezember 1990 kamen die sog. Abwicklungsbeschlüsse über die ostdeutschen Hochschulen, vorläufig vor allem über deren sozial- und geisteswissenschaftliche Fachbereiche. Die Landesre-

²¹ Friedhelm Neidhardt: Konflikte und Balancen. Die Umwandlung der Humboldt-Universität zu Berlin 1990-1993, in Renate Mayntz (Hg.): Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozeß, Frankfurt a.M. 1994, S. 33-60, hier 38.

²² Vgl. Strategiekonzept für eine Novellierung des BAFÖG mit dem Ziel der Elternunabhängigkeit. In: Reader zur Mitgliederversammlung der Konferenz der StudentInnenschaften, Leipzig, 26.-28. Oktober 1990. o.O. (Berlin) o.J. (1990). S. 37-44.

²³ Wie es in der Koalitionsvereinbarung für die letzte DDR-Regierung vom 12.4.1990 noch als Vorhaben formuliert worden war. Vgl. die auszugsweise Dokumentation in: Oskar Anweiler/Hans-Jürgen Fuchs/Martina Dorner/Eberhard Petermann (Hg.), Bildungspolitik in Deutschland 1945-1990. Ein historisch-vergleichender Quellenband, Opladen 1992, S. 481.

gierungen fassten Beschlüsse, eine Reihe von Einrichtungen im tertiären Bildungssektor abzuwickeln, d.h. zu schließen.²⁴ Zur Begründung hieß es z.B. im Bescheid der sächsischen Regierung, dass „dort das Lehrangebot nicht den Anforderungen entspricht, die eine freiheitliche Gesellschaft, ein demokratischer Rechtsstaat und eine soziale Marktwirtschaft an Lehre und Forschung stellen. Bereiche, die ideologisch einseitig und auf die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung festgelegt waren, soll es künftig nicht mehr geben.“²⁵

In den Hochschulen wurden diese Abwicklungsentscheidungen zunächst als ein Eingriff in die Gestaltungskompetenz für die eigene Strukturentwicklung wahrgenommen, der in dieser Deutlichkeit bislang nicht vorgekommen war. Als bald meldeten sich aber auch Stimmen, die in den Abwicklungen einen Befreiungsschlag erblickten, der einen Schub für die Erneuerung der Hochschulen bringen könne. Es wurde gleichsam jakobinisch argumentiert: „Die Abwicklungen sind ein hochpolitischer Befreiungsschlag, der arbeitsrechtliche Zwänge beseitigt“, hieß es etwa bei einem Leipziger Kirchenhistoriker.²⁶ Die Ambivalenz der Bewertungen zeigt exemplarisch eine Äußerung des nachmaligen Leipziger Universitätsrektors Cornelius Weiss:

„Zunächst war ich von dem Abwicklungsbeschuß ganz entsetzt. Mein spontaner Ausruf war: Um Himmels Willen, sind wir denn nun wirklich ein besetztes Land? Aber dann, als ich die Wirkung sah, daß sich hier alles wie ein aufgeschrecktes Wespennest bewegte, war ich dann doch gegen eine Rücknahme der Abwicklung. Es gab zwischen den Studenten und denen, die für die Abwicklung waren, eigentlich keinen Dissens darüber, daß die Abwicklung undemokratisch ist.“²⁷

Die Reaktionen unter den Studierenden waren spontan und unterschiedlich. Sie reichten von euphorischer Begrüßung (ostdeutsche Evangelische Studentengemeinden²⁸) über billigende Inkaufnahme (vor allem an Technischen Hochschulen) bis hin zu massivem Protest (zuerst in Rostock, dann vor allem in Leipzig, Berlin und Halle)²⁹. Auch auf einer Versammlung der StudentInnenRäte im Januar 1991 in Berlin waren die Abwicklungsentscheidungen beherrschendes Thema gewesen.³⁰ Bestärkt fühlen konnten sich die Studierenden in ihrer mehrheitlich kritischen Haltung durch

²⁴ Vgl. Gerd Köhler (Hg.): *Abwicklung und Überleitung der Hochschulen in den fünf neuen Bundesländern und Berlin/Ost. Teil 1: Beschlüsse der Landesregierungen zur Abwicklung und Überleitung der Hochschulen und ihrer Einrichtungen. April 1991, Zwischenbericht. Teil 2: Überführung und Abwicklung von Hochschuleinrichtungen (ohne Zentraleinrichtungen wie Sport, Sprachen usw.). Mai 1991, Zwischenbericht*, hrsg. von der GEW, Frankfurt a.M., 29 + 24 S.

²⁵ Sächsische Staatskanzlei: *Neue Struktur für Sachsens Hochschulen. Presseinformation. Dresden, 12.12.1990*, in: *Reader zur Abwicklung und den studentischen Protesten Dez. '90/Jan. '91 in Leipzig*, hrsg. von den roten studenten, die ihre roten professoren an ihrer roten uni retten wollten. seilschaften verlag leipzig, Leipzig 1991, o.S.

²⁶ Kurt Nowak: *Hochschule im Spannungsfeld politischer Zwecke und wissenschaftlicher Verantwortung. Impressionen aus Leipzig*, in: *Beiträge zur Hochschulforschung* 4/1991, S. 371-381, hier 373.

²⁷ *Winterschlaf oder Frühlingserwachen? LVZ im Gespräch mit den Rektorkandidaten der Karl-Marx-Universität Leipzig*, Prof. Cornelius Weiss und Prof. Günther Wartenberg, in: *Leipziger Volkszeitung*, 7.2.1991, S. 3.

²⁸ Klaus-Dieter Kaiser: *Erklärung zum Hochschulstreit im Dezember 1990/Januar 1991 – Evangelische Studentengemeinden in der BRD Ost*, in: *Das Hochschulwesen* 2/1991, S. 70.

²⁹ Vgl. StudentInnenRat der Universität Leipzig (Hg.): *Reader zur Abwicklung und den studentischen Protesten Dez. '90 /Jan. '91 in Leipzig*, hrsg. von den roten studenten, die ihre roten professoren an ihrer roten uni retten wollten. seilschaften verlag leipzig, Leipzig 1991; Knall und Fall. *neujahrsinfo des studentenrates [der Humboldt-Universität]*, Berlin; Ernst Dahlke/Holger Becker/Bernd Bludau (Hg.): *Abwicklung von Einrichtungen der Wissenschaft und des Hochschulwesens der ehemaligen DDR. Eine Dokumentation*, Berlin 1991; Sieber/Freytag, *Kinder des Systems...*, a.a.O., S. 179-197.

³⁰ Vgl. 3. Mitgliederversammlung der Konferenz der StudentInnenschaften am 12./13.1.1991 in Berlin: *Offener Brief an die für Wissenschaft zuständigen Landesministerien der fünf neuen Bundesländer und Berlins. Dokumentiert in: Konferenz der StudentInnenschaften (Hg.), Der ultimativ letzte Reader. KdS, Berlin 1994, S. 51f.*

gewichtige Stimmen, nicht zuletzt aus Westdeutschland, die dem Abwicklungsinstrument nur schwer Rechtsstaatskonformität abgewinnen konnten.³¹

Festzuhalten bleibt, dass die Abwicklungen zu studentischen Protestaktionen geführt hatten, die in ihren Größenordnungen bislang ungekannt waren. Diese Proteste hatten primär zwei Ursachen. Zunächst waren sie hervorgerufen durch beeindruckende Ungeschicklichkeiten der politischen Administrationen. So hatten zahlreiche Studierende in den abwicklungsbetroffenen Studiengängen annehmen müssen, ihr Studium nicht fortsetzen zu können. Sodann waren die Proteste Folge einer mittlerweile ziemlich deutlichen aversiven Grundstimmung im Land gegenüber allgemein wahrgenommenen politischen Entmündigungstendenzen. Diese speiste sich vor allem aus dem Vergleich mit den vielen Gestaltungsmöglichkeiten des ‚gesetzlosen Jahres‘ vom Herbst ’89 bis zum 3. Oktober 1990.

Abwicklungsbetroffene HochschullehrerInnen versuchten z.T., die Proteste zu instrumentalisieren. Dagegen wehrten sich die Studierenden weitgehend erfolgreich. Die Einbeziehung von Lehrkräften geschah jedoch sehr differenziert:

„Wir sind uns sehr wohl bewußt, daß ohne Zusammenarbeit mit allen integren und kreativen Wissenschaftlern der KMU³² die demokratische Erneuerung der Uni unnötig erschwert wird. Darum sehen wir in diesen Wissenschaftlern auch unsere Partner. Das heißt nicht, daß wir uns dafür einsetzen, daß alle Lehrkräfte künftig weiterbeschäftigt werden sollten. Allerdings soll Nichteignung in einem fairen und damit rechtsstaatlichen Verfahren nachgewiesen werden.“³³

Eine empirische Untersuchung legte für Leipzig die diesbezüglichen studentischen Präferenzen offen: Die Mehrzahl der abwicklungsbetroffenen Studierenden plädierte für eine Fortsetzung des Studiums mit „einigen Lehrkräften“ von denen, die bislang schon gelehrt hatten. Keiner dieser Studenten wollte sich für „alle“ Lehrkräfte einsetzen. (Zum Vergleich: In den nichtabgewickelten Bereichen meinten 10% der Studierenden in bezug auf ihren eigenen Lehrkörper, sich für ausnahmslos alle Lehrkräfte einsetzen zu können.)³⁴ Solche Differenzierungen wiederum vermochten überregionale Zeitungen nicht zu erkennen,³⁵ wohl aber vor Ort anwesende westdeutsche Gastlehrkräfte. Immerhin brachten die Protestaktionen die Studierenden und Hochschulen wochenlang in die Medien. Je näher die Redaktionen an den Orten der Geschehnisse waren, desto differenzierter wurde im Regelfall berichtet. Wer weiter weg war, meinte nur, über die „roten Studenten, die ihre roten Professoren an ihrer roten Uni“³⁶ retten wollten, berichten zu können.³⁷

³¹ Vgl. exemplarisch Horst Konzen: Die „Abwicklung“ und der Rechtsstaat, in: *F.A.Z.*, 12.2.1991, S. 10.

³² Karl-Marx-Universität Leipzig

³³ Studenten: Keine Entsolidarisierung, in: *Neues Deutschland*, 29.12.1990, S. 2.

³⁴ Uta Starke: Die Studenten und die Abwicklung. Exklusiv für LVZ: Ergebnisse einer soziologischen Untersuchung des Laboratoriums für Studentenforschung an der KMU, in: *Leipziger Volkszeitung*, 24.1.1991, S. 9

³⁵ Vgl. exemplarisch Bernhard Heimrich: Männer von erlesener Zuverlässigkeit für die SED. Eine „Selbstreinigung“ der Universitäten gab es nicht. Die Abwicklung, in: *F.A.Z.*, 4.1.1991, S. 5; Orte des Jammerns. Studenten protestieren gegen die Auflösung einst marxistischer Hochschulinstitute in der ehemaligen DDR, in: *Der Spiegel* 1/1991, S. 24f. [dazugehörige Gegendarstellung: *Der Spiegel* 3/1991, S. 76]; Hans-Joachim Nöh: Der Marsch der Studenten zur Rettung des Sozialismus, in: *Die Welt*, 6.1.1991.

³⁶ so dann auch der ironische Untertitel der Leipziger Dokumentation zu den Anti-Abwicklungs-Protesten: Reader zur Abwicklung und den studentischen Protesten..., a.a.O.

³⁷ Vgl. etwa Bernhard Heimrich: Männer von erlesener Zuverlässigkeit für die SED. Eine „Selbstreinigung“ der Universitäten gab es nicht. Die Abwicklung, in: *F.A.Z.*, 4.1.1991, S. 5 (1991); Orte des Jammerns. Studenten protestieren gegen die Auflösung einst marxistischer Hochschulinstitute in der ehemaligen DDR, in: *Der Spiegel*

Georg Nolte, Heidelberger Gastdozent an der Juristenfakultät, attestierte später den Protestierenden, „sich nicht von den diskreditierten Kadern vor den Karren“ gespannt lassen zu haben.³⁸ Vielmehr hätten sie, so Nolte, „eine differenzierte Diskussion geführt“, die „in den westlichen Medien nicht genügend gewürdigt“ sei.³⁹

Michael Th. Greven, Marburger Politikprofessor und gastweise in Leipzig lehrend, fand auffällig, „daß die in erster Linie betroffenen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen ... in dieser Verhandlungssituation praktisch keine Rolle mehr spielten.“ Gleichfalls auffallend sei gewesen, „welche pragmatische und kluge Politik die studentischen Verhandlungsführer verfolgten, die keineswegs, wie einige westliche Medien permanent behaupteten, sich als Vertreter der Interessen der abgewickelten ... Wissenschaftler verstanden, sondern sehr klug ihre eigenen Interessen erfolgreich wahrnahmen.“⁴⁰

In Berlin, dem anderen Zentrum der Anti-Abwicklungsaktionen, wurde nicht nur einfach losprotestiert, sondern der Protest auch formal sauber legitimiert. Die Studierenden planten – nach spontanen Aktionen um die Jahreswende 1990/91 – einen Warnstreik und organisierten, vom 9. bis zum 14. Januar, eine studentische Urabstimmung darüber. 59,33% aller Eingeschriebenen nahmen daran teil, und 77,18% davon sprachen sich für den Streik aus.⁴¹ Die Begründung des Streiks zeigte wiederum zweierlei Stoßrichtungen:

„Mit dem Mittel des Warnstreiks signalisieren wir dem Senat, daß wir auch in Zukunft Eingriffe in die Selbstbestimmungsrechte der Universität... nicht hinnehmen werden. // Dieser Warnstreik soll aber denjenigen unser zur Verfügung stehendes Instrumentarium zeigen, die an einer Reform der Universität nicht interessiert sind: die Protestform ‚Streik‘ könnte sich schon morgen gegen diesen destruktiven Teil des Lehrkörpers richten.“⁴²

Flugblätter der Liberalen Hochschulgruppe (LHG) und des RCDS an der Humboldt-Universität (HUB) kritisierten die studentischen Protestaktionen. Der Studentenrat habe sich „verdächtig schnell auf die Seite alter Seilschaften geschlagen und probiert mit spektakulären Aktionen ...[.] nach außen eine geschlossene Solidarisierung der Studierenden zu demonstrieren“, konstatierte die LHG.⁴³

Der RCDS fragte: „Geht es Euch wirklich um die Interessen der Studenten oder habt Ihr anderes im Sinn? [...] Glaubt Ihr, Ihr könnt die HUB wirklich als letztes Überbleibsel der DDR erhal-

1/1991, S. 24f. [dazugehörige Gegendarstellung: *Der Spiegel* 3/1991, S. 76]; Hans-Joachim Nöh: Der Marsch der Studenten zur Rettung des Sozialismus, in: *Die Welt*, 6.1.1991.

³⁸ Georg Nolte: Maßnahmen. Im Abwicklungssemester 1990/91 als Rechtswissenschaftler (West) in Leipzig, in: *hochschule ost* 10/1992, S. 28-36, hier 35.

³⁹ Ulrich Schneckener: Die Abwanderung in Richtung Westen steigt. Die Leipziger Universität im Sommersemester: Lehrbetrieb mit Westimporten, in: *Frankfurter Rundschau*, 13.6.1991.

⁴⁰ Michael Th. Greven: Bericht über das Ende des Wissenschaftlichen Kommunismus und die Anfänge der Politikwissenschaft an der Universität Leipzig 1989 bis 1991, in: ders./Koop (Hg.), *War der wissenschaftliche Kommunismus eine Wissenschaft? Vom Wissenschaftlichen Kommunismus zur Politikwissenschaft*, Opladen 1993, S. 155-176, hier 169.

⁴¹ StudentInnenrat der Humboldt-Universität: Presseerklärung zur studentischen Urabstimmung über einen zweitägigen Warnstreik. Berlin, den 14.01.1991, 17.00 Uhr.

⁴² Ebd.

⁴³ LHG-Statement - Streik an der HUB. Streik? Anmaßung, Urlaub oder Kampfmittel, o.D. [Januar 1991], unveröff.

ten?“ Immerhin scheine es, „daß Ihr die HUB als Symbol für die ehemalige DDR betrachtet und das Ganze auf eine grundsätzliche Ablehnung der deutsch-deutschen Wirklichkeit zielt.“⁴⁴

Überregional erreichte die Gemeinsamkeit des Handelns ostdeutscher Studierender durch die Anti-Abwicklungsproteste eine bis dahin ungekannte Intensität. Deutlichster Ausdruck dafür waren der siebentägige Fußmarsch gegen die Abwicklung von Berlin nach Leipzig und, im Gegenzug, die fünftägige Fahrraddemo von Leipzig nach Berlin. Erreicht wurden am Ende einige – für die einzelnen Studierenden nicht unwichtige – Vereinbarungen mit den Ministerialverwaltungen. Im Ganzen freilich wurden die ostdeutschen Hochschulen mit den Abwicklungen endgültig zum Objekt ihrer eigenen Entwicklung.

Damit ging dann auch die Beteiligung an studentischer Interessenvertretung wieder auf das Vor-Abwicklungs-Niveau zurück. Die Untersuchung STUDENT 92⁴⁵ ergab, dass sich lediglich ein Prozent der Studierenden dauerhaft in studentischen oder anderen hochschulischen Selbstverwaltungsorganen engagiert. Vier Prozent sind gelegentlich beteiligt, und elf Prozent geben solcherart Beteiligung als persönliches Vorhaben an. Ihnen gegenüber stehen über vier Fünftel, denen die Vertretung eigener Interessen völlig gleichgültig ist. Zum Vergleich: Zwei Jahre zuvor, im Frühjahr 1990, war fast die Hälfte der ostdeutschen Studierendenschaft zu einem hochschulpolitischen Engagement mehr oder minder stark entschlossen. Immerhin acht Prozent wirkten selbst in einem StudentInnenrat mit. Gänzliche Ablehnung erfuhr ein aktives Eintreten für studentische Interessen seinerzeit lediglich durch fünf Prozent.⁴⁶

Überregionale Zusammenarbeit der Studierendenschaften 1989/90

Während der zuletzt geschilderten Abläufe war bereits ein landesweites (was bis Oktober 1990 hieß: DDR-bezogenes) Koordinierungsgremium sehr aktiv: der Republiksprecherrat der Konferenz der Studentenräte der DDR. Wie war es zu dessen Bildung gekommen?

Schon im November 1989 hatte es den ersten Versuch gegeben, die bis dahin gebildeten StudentInnenRäte miteinander zu vernetzen. Zwölf Einzelpersonen von verschiedenen Hochschulen verfaßten in Berlin einen Aufruf zur Bildung einer „Autonomen Studentenunion“ (ASU).⁴⁷ Der Aufruf war verbunden mit einer Einladung zu einem Treffen am 11. November 1989 mit dem Ziel der Bildung dieser ASU. In den StuRä an den Hochschulen wurde das zum einen als profilierungsneurotischer Ausfluß gewertet und zum anderen abgelehnt, da man augenblicklich genug an der jeweiligen Hochschule zu tun habe.⁴⁸

⁴⁴ Ring Christlich-Demokratischer Studenten an der Humboldt-Universität: Ein sehr offener Brief an den StuRa der HUB. Auf wessen Seite steht Ihr?, o.D. [Januar 1991], S. 1, unveröff.

⁴⁵ STUDENT 92 war als Anschlußuntersuchung zu STUDENT 90 im Frühjahr 1992 an ost- und westdeutschen Hochschulen durchgeführt worden. Befragt worden waren 1700 west- und 1100 ostdeutsche StudentInnen. Vgl. Ulrich, Resignation und Entpolitisierung..., a.a.O.

⁴⁶ Ulrich Heublein: Eine unruhige Generation an den ostdeutschen Hochschulen? Erste Gedanken über mögliche Prädispositionen für die Entwicklung studentischen Selbstbewußtseins in den neuen Bundesländern, in: Friedrich W. Busch/Beate Rüter/Peter-Paul Straube (Hg.): Universitäten im Umbruch. Zum Verhältnis von Hochschule, Studenten und Gesellschaft, Oldenburg 1992, S. 162-174, hier 169.

⁴⁷ Aufruf zur Bildung der Autonomen Studentenunion, dok. in: Konferenz der StudentInnenschaften (Hg.), Der ultimativ letzte Reader, Berlin 1994, S. 32f.

⁴⁸ Vgl. Sieber/Freytag, Kinder des Systems..., a.a.O., S. 125f.

Im Dezember 1989 trafen sich VertreterInnen von 60 Hoch- und Fachschulen in Berlin, um einen vom Ministerium für Bildung vorgelegten Verordnungsentwurf zur „Demokratischen Mitbestimmung der Studenten“⁴⁹ zu diskutieren. Ein zweites Treffen erwies sich als nötig, um einen eigenen Standpunkt zu Ende zu diskutieren. Für das erste Februar-Wochenende 1990 lud der StuRa der Humboldt-Universität zu einem „Landesweiten Arbeitskreis ‚Interessenvertretung von Studenten im neuen Hochschulgesetz‘“ nach Berlin ein. VertreterInnen von 27 Universitäten und Hochschulen reisten dazu an. Sie erklärten ihr prinzipielles Nichteinverständnis mit dem ministeriellen Papier zur „Demokratischen Mitbestimmung der Studenten“, erarbeiteten einen „Entwurf zu einer Verordnung über Studentenräte“⁵⁰, schickten dieses an Bildungsminister Emons und wählten als „legitimierten Partner für Ihr Ministerium“ einen sechsköpfigen „Arbeitsausschuß Hochschulrecht der Studentenräte der DDR“ (der sich u.a. mit folgendem Satz vorstellte: „Der Arbeitsausschuß behält sich vor, weitere Mitglieder zu kooptieren“).⁵¹

Im März 1990 kam es dann zur ersten „Nationalen StudentInnenRätekonferenz“ an der TU Karl-Marx-Stadt.⁵² Dort versammelten sich VertreterInnen von 31 StuRä. Es wurden Forderungspapiere zu verschiedenen Bereichen erarbeitet, ein vorläufiger achtköpfiger Republiksprecherrat (RSR) gewählt und die Absicherung von dessen Arbeit durch das Ministerium für Bildung gefordert (u.a. durch Zurverfügungstellung von 160.000 Mark pro Jahr, 2 Computern, 2 Kopiergeräten, 3 elektronischen Schreibmaschinen, 4 Telefonen, zweimal Büromobiliar, je einem Büro in Berlin und Leipzig sowie 6 Unterkünften in Berlin).⁵³ Der Hintergrund dafür war, daß das Ministerium einen von der FDJ übernommenen „Zentralen Studentenfond“ mit erheblichen finanziellen Mitteln verwaltete. Tatsächlich stellte das Ministerium dem RSR noch 1990 50.000,- DM zur Verfügung, und das Deutsche Studentenwerk vermittelte einen Zuschuß in Höhe von 20.000,- DM, der vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für eine Büroerstaussstattung kam.⁵⁴

Einen Monat darauf, im April 1990, fand an der TU Dresden unter Beteiligung von 124 StudierendenvertreterInnen die zweite StuRä-Konferenz statt. Es wurden die Konferenz der Studentenräte der DDR konstituiert, eine Satzung verabschiedet, eine „Sozialcharta der Studenten“ erarbeitet, die finanziellen Forderungen an das Ministerium für Bildung zur Alimentierung der Konferenz präzisiert, ein sechsköpfiger Republiksprecherrat (RSR) gewählt u.a.m.⁵⁵

Die Satzung der Konferenz wies dem Republiksprecherrat weitgehende Kompetenzen zu. Das entsprach der in der Studierendenschaft durchaus noch recht stark vorhandenen Orientierung

⁴⁹ Ministerium für Bildung: Demokratische Mitbestimmung der Studenten, o.O. [Berlin {DDR}], 7.12.1989, unveröff.

⁵⁰ Arbeitsausschuß Hochschulrecht der Studentenräte der DDR: Entwurf zu einer Verordnung über Studentenräte, Februar 1990, dok. in: Konferenz der StudentInnenschaften, Der ultimativ letzte Reader, a.a.O., S. 33b.

⁵¹ Arbeitsausschuß Hochschulrecht der Studentenräte der DDR: Schreiben an Minister für Bildung, Berlin, den 4.2.1990, dok. in: Konferenz der StudentInnenschaften, Der ultimativ letzte Reader, a.a.O., S. 33a-33d.

⁵² Vgl. Republik-Sprecherrat: Ergebnisse der ersten republikweiten Konferenz der Studentenräte der Universitäten und Hochschulen der DDR, Karl-Marx-Stadt, 09.-11.03.1990, o.O. o.J. [Berlin 1990].

⁵³ Materielle Sicherstellung des Republiksprecherrates, Anlage 2 zu: Republiksprecherrat der Studentenräte der DDR: Schreiben an Ministerium für Bildung, Berlin, den 14.03.1990, dok. in: Konferenz der StudentInnenschaften, Der ultimativ letzte Reader, a.a.O., S. 34.

⁵⁴ Tätigkeitsbericht des Republiksprecherrates der Konferenz der Studentenräte (RSR) für die Zeit vom 22. April bis 25. Oktober 1990, in: Reader zur Mitgliederversammlung der Konferenz der StudentInnenschaften, Leipzig, 26.-28. Oktober 1990, S. 7-17, hier 8.

⁵⁵ Vgl. Sieber/Freytag, Kinder des Systems..., a.a.O., S. 154f.

hin zu genau abgestuften Kompetenzhierarchien. Infolgedessen wurde die Rolle des RSR in der Folgezeit recht dominant innerhalb des Dachverbandes. Der Rat arbeitete ziemlich schonungslos sich selbst gegenüber. Die Tätigkeit war weitgehend pragmatisch und auf „Beeinflussung von Regierungspolitik“ orientiert. Inhaltlich war sie vor allem auf eines gerichtet: für die Studierenden so viel als möglich zu retten an sozialer und Studiensicherheit in den sich exponentiell beschleunigenden Prozessen hin zum Ende der deutschen Zweistaatlichkeit. Konzeptionelle Vorstellungen wurden insbesondere zur elternunabhängigen Studienfinanzierung und zum Hochschulrecht entwickelt.

Seit dem Sommer 1990 gab es neben der DDR-StuRä-Konferenz auch verschiedene Initiativen auf Länderebene. Sie erfolgten im Zusammenhang mit der angekündigten Wiederbildung der Länder in Ostdeutschland. Der entsprechende Übergang der kultushoheitlichen Kompetenzen auf die Länderebene sollte durch adäquate studentische Vertretungsstrukturen begleitet werden. Im Laufe des Jahres 1990 wurden dann in allen ostdeutschen Bundesländern unterschiedlich intensiv arbeitende LandesprecherInnenräte bzw. StuRä-Landeskonferenzen gebildet.

Ende Oktober 1990 fand an der Karl-Marx-Uni Leipzig die 3. MV der Konferenz der Studentenräte der DDR statt.⁵⁶ Der Name war durch den zum 3. Oktober vollzogenen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik anachronistisch geworden. Deshalb wurde die Namensänderung in „Konferenz der StudentInnenenschaften (KdS)“ beschlossen.

Die geographische Neutralität des Namens hatte freilich noch einen anderen Grund: Nach kontroverser Debatte war mit überwältigender Mehrheit beschlossen worden, die Konferenz für westdeutsche StudentInnenvertretungen zu öffnen.⁵⁷ Den westdeutschen Asten war just im gleichen Jahr ihr Dachverband *vereinigte deutsche studentInnenenschaften* (vds) abhanden gekommen, und es war sowohl schelmisch wie ein wenig naiv, dass ihnen nun der Beitritt zum Geltungsbereich der KdS-Satzung angeboten wurde – eine spätere Satzungsdebatte durchaus nicht ausgeschlossen. Jedenfalls bezog die Öffnung der KdS für westdeutsche Studierendenvertretungen ihr deutliches Abstimmungsergebnis vor allem aus einer für Ostdeutsche selbstwertgefühlsteigernden Faszination: das Beitrittsgebiet konnte damit umgekehrt werden.

Zudem spielte ein ostdeutsches Unverständnis eine wesentliche Rolle. Dieses bestand gegenüber den inner-westdeutschen Streitigkeiten und Empfindlichkeiten, die bei den gerade laufenden Diskussionen um einen (gesamtdeutschen) studentischen Dachverband eine übermächtige Rolle zu spielen schienen. Das wiederum war durch den gänzlich anderen Erfahrungshintergrund der ostdeutschen StudierendenvertreterInnen begründet. Die Differenzen hatten sich bereits gezeigt, bevor die Öffnungsentscheidung der KdS für westdeutsche Asten getroffen worden war: „Im Vorfeld einigten sich die Delegierten, westlichen VertreterInnen im Plenum kein Rede- und Antragsrecht zuzugestehen, weil es wichtiger schien, erst einmal untereinander Klarheit über das weitere Vorgehen zu erlangen.“⁵⁸

Die westdeutschen Asten waren über das Beitrittsangebot mehrheitlich empört. Denn schließlich bemühten sie sich gerade, ein eigenes Modell für einen neuen Dachverband zu entwi-

⁵⁶ Vgl. Reader zur Mitgliederversammlung der Konferenz der StudentInnenenschaften. Leipzig, 26.-28. Oktober 1990, o.O. o.J. [Berlin 1991].

⁵⁷ Tom Maercker: Kurzaufsatz zur 3. Mitgliederversammlung der Konferenz der Studentenräte vom 26. bis 28. Oktober 1990 in Leipzig, in: ebd., S. 3-5, hier 5.

⁵⁸ ebd., S. 3-5, hier 3.

ckeln. Außerdem erinnere, so hieß es, die KdS-Satzung zu sehr an die vds. Die Mitgliederversammlung der KdS im Mai 1991 in Leipzig nahm den Öffnungsbeschuß – aufgrund der durch ihn ausgelösten Diskussionen und wegen fehlender positiver Reaktionen in Form von Beitrittsbekundungen – wieder zurück.⁵⁹

Das Jahr 1991 begann für die KdS mit einer MV im Januar in Berlin. Wichtigstes Ergebnis für die Folgezeit war die Wahl eines neuen Koordinierungsrates, wie der Republiksperrerrat mangels Republik mittlerweile hieß. Der alte Republiksperrerrat (RSR) hatte komplett seinen Rückzug erklärt. Die Selbstorganisationspotenziale innerhalb der KdS waren schon 1990 recht beschränkt gewesen. Infolgedessen hatte der RSR seine ausgesprochen dominierende Stellung einnehmen können. Der neue Koordinierungsrat beschrieb seine Funktion anders:

„Der KoRa versteht sich ... als – wie der Name sagt – Koordinator, soll und will ausdrücklich kein ‚Politbüro‘ sein. Unser vorrangiges Ziel ist, die permanente Fünffacherfindung aller hochschul- und sozialpolitischen Fahrräder in den FNL zu verhindern.“⁶⁰

Für eine nunmehr angestrebte Verbreiterung von Kompetenzen stand jetzt auch die Bildung von sog. Projektbereichen. Diese begannen in der Folge dann auch zu arbeiten, zunächst der für Soziales und Studentenwerke, dann einer zum Landeshochschulrecht. Beide Bereiche bezeichnen auch die zwei Hauptarbeitsgebiete der StuRä und ihres Dachverbandes im Jahre 1991.

Zentrale Arbeitsfelder der StudentInnenRäte 1991/1992

Zu absolvieren war die Konstituierungsphase der Studentenwerke, deren Satzungen waren zu formulieren und eine angemessene studentische Sitzanzahl in den StuWe-Gremien durchzusetzen. Die Intensität der Bemühungen führte schließlich dazu, daß in allen ostdeutschen Bundesländern außer Berlin den Studierenden fünfzig Prozent der Sitze in den Verwaltungsräten der Studentenwerke zugestanden wurden. Das größere Problem bestand dann darin, diese fünfzig Prozent auch noch zu besetzen.

In den Ländern wurde begonnen, Landeshochschulgesetze auf den Weg zu bringen. Wie schon die Väter des Einigungsvertrages erkannt hatten, waren die ordinariell inspirierten Regelungen des Hochschulrahmengesetzes (HRG) für Ostdeutschland vorläufig noch nicht opportun. Erst mußte die ProfessorInnenschaft an die neuen Verhältnisse angepasst werden. In Folge dessen wurden zunächst Übergangsgesetze – meist „Hochschulerneuerungsgesetz“ genannt – formuliert.⁶¹ Für die Studierenden gab es vor allem zwei interessante Regelungen darin:

- In allen ostdeutschen Bundesländern wurde die Verfaßte StudentInnenschaft mit Pflichtmitgliedschaft eingeführt.
- Es kam nicht zu der befürchteten Überstülpung des StuPa/AStA-Modells mit seinen parlamentarischen Strukturen und Verfahrensregeln (außer in Ost-Berlin). Statt dessen wurden die StudentInnenRäte entweder als einziges oder als optionales Vertretungsmodell fi-

⁵⁹ KoRa der KdS (Hg.): Den Stier bei den Hörnern gepackt [Protokoll-Reader zur KdS-MV in Leipzig am 25. Mai 1991], Berlin 1991, o.S.

⁶⁰ Reader zur Mitgliederversammlung der Konferenz der StudentInnenschaften. Berlin, 12./13. Januar 1991, o.O. o.J. [Berlin 1991], S. 3.

⁶¹ Vgl. Kultusministerkonferenz, Sekretariat (Hg.): Dokumentation der Hochschulgesetze der Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Bonn 1991.

xiert. Das heißt es bestand weiterhin die Möglichkeit, den StuRa über die Mehrheitswahl von FachschaftsvertreterInnen zu konstituieren statt über die Verhältniswahl (partei-)politischer Listen.

Die Ursachen für diese gesetzlichen Regelungen waren wohl ambivalent: Was die StuRä als großen Erfolg ihrer Bemühungen um Beeinflussung der Gesetzesentwürfe feierten, entsprang in den Ministerien wohl eher politischem Kalkül. Zwar empfanden die dortigen Entscheidungsträger – die zum großen Teil aus Westdeutschland kamen und bei „StudentenRat“ eher „Arbeiter- und Soldatenrat“ assoziierten statt bspw. „Aufsichtsrat“ – den Parlamentarismus eigentlich auch für die Studierendenvertretung viel situationsgerechter. Doch blieb ihnen eines nicht verborgen: Der Anspruch der StuRä, *alle* Studierenden an der Hochschule vertreten zu wollen, hat naturgemäß auch befriedende Wirkungen. Aus diesem selbstgesetzten Anspruch resultiert zwangsläufig eine gewisse Selbstbeschränkung, und zwar insbesondere bei der Deutlichkeit der Formulierung und Vertretung von politischen Positionen. Wie weit da die Grenzen ausgereizt werden, hängt jeweils stark von den jeweiligen AkteurInnen in den StuRä ab.

Jedenfalls: Wer immer alle Meinungen berücksichtigen will, tut sich mitunter schwer, deutliche Positionen zu beziehen. Infolgedessen wurde die Durchsetzung dieses von den Studenten selbst entwickelten Vertretungsmodells Jahre später von einer neuen Studierendengeneration gar den Politikern untergeschoben:

„Im Unterschied zu den meisten westlichen Bundesländern ist es den Hochschulpolitikern im politischen Widerstandsvakuum der Nachwendezeit hier gelungen, in Form der StuRas ein System studentischer ‘Mitsprache’ gesetzlich zu installieren, das schon durch seinen organisatorischen Aufbau der reinen Fachschaftsvertretungswahl fächerübergreifende allgemein(bildungs-)politische Willensbildung stark erschwert und die studentischen Mitspracheorgane zu Selbsthilfegruppen degradiert.“⁶²

Ist dies auch hinsichtlich der zugrunde liegende Fakten nicht richtig, so wird damit doch durchaus das politische Kalkül in den Ministerien bei der Formulierung der Gesetzentwürfe zutreffend beschrieben. Dies wohl sehend, kann aber trotzdem festgehalten werden: Die Fortexistenz der StudentInnenRäte hatte zunächst einmal positive Wirkungen dahingehend, daß überhaupt Studierendenvertretungen weiter existierten. (In Ost-Berlin, wo durch das Ergänzungsgesetz zum BerlHG das StuPa/AStA-Modell zwangsweise eingeführt worden war, kam über ein Jahr keine Wahl zustande – statt dessen aber eine *freiwillige* Zahlung eines Semesterbeitrages für den amtierenden Nachlaßverwaltungs-StuRa durch 32% der HUB-StudentInnen.) Desweiteren setzt sich mit der Fortexistenz der StuRä in den Studierendenschaften eine Kultur des konsensorientierten Umgangs miteinander fort, die unter Ansehung der Entwicklung in anderen Bereichen zwar anachronistisch erscheinen mochte, jedoch nicht zwangsläufig negativ zu beurteilen war. Denn sie funktionierte einigermmaßen.

Die durchaus vorhandene Handlungsfähigkeit der StudentInnenRäte zeigte sich am deutlichsten bei studentischen Protestaktionen. Diese gab es an einigen Hochschulen auch 1991/92. Ausgangspunkte waren in der Regel die ministeriell verordneten Umstrukturierungsmaßnahmen an den Hochschulen: Sie hatten in aller Regel negative Auswirkungen auf den Studienbetrieb. Besonders deutliche Eingriffe in die Hochschulautonomie wie die Entlassungen des Berliner Humboldt-

⁶² Jens Lehmann: Ostdeutsche Hochschulen bieten keinen Ausweg, in: *Süddeutsche Zeitung*, 8.12.1997.

Rektors Fink⁶³ und des Weimarer Rektors Mönig⁶⁴ waren gleichfalls Gründe für massive studentische Proteste. Wesentliche Protestanlässe waren des weiteren die verordneten, teils als rabiat empfundenen Stellenkürzungen an den Hochschulen.

Überregionale Zusammenarbeit der Studierendenschaften 1991-1993

Die KdS arbeitete dort, wo sie arbeitete, auch 1991/92 intensiv und pragmatisch. Die Projektbereiche organisierten einen verstetigten Diskussionszusammenhang zu den hochschul- und sozialpolitischen Entwicklungen. Der KoRa sicherte diesen technisch und deckte inhaltlich die Bundesebene ab. Systematische Vorstellungen wurden zu den Problembereichen Studentisches Wohnen, Aufbau der Studentenwerke, Hochschulpolitik, Hochschulrahmengesetz und Landeshochschulgesetze entwickelt.⁶⁵ Daneben gab es intensivere Aktivitäten zum Erhalt der zahlreichen Studentenklubs und zur Einführung von Semestertickets für den öffentlichen Nahverkehr in den ostdeutschen Hochschulstandorten. Allerdings zeichnete sich bereits ab, dass die Arbeit von zu wenigen getragen und infolgedessen individuelle Leistungsgrenzen erreicht wurden. Überdies herrschte die Empfindung vor, die politisch erreichten Ergebnisse stünden zunehmend weniger in einem vernünftigen Verhältnis zum betriebenen Aufwand. Nachdrückliche Forderungen, daraus angemessene Konsequenzen zu ziehen, begleiteten seit Mitte 1991 die Tätigkeit der KdS.

Die während dessen unter den westdeutschen ASten weiter geführten Auseinandersetzungen um einen gesamtdeutschen Dachverband der StudentInnenvertretungen waren in dieser Zeit kaum Gegenstand von Diskussionen innerhalb der KdS. Auch nach außen übte sie in dieser Beziehung Zurückhaltung – insbesondere weil es anderes zu tun gab. Allerdings organisierte die Konferenz dann im Mai 1992 gemeinsam mit der Freien Konferenz von StudentInnenschaften (FKS), dem westdeutschen FH-ASten-Dachverband, einen „Runden Tisch der StudentInnenschaften“: Niemand sollte sagen können, die Ostdeutschen wollten sich dauerhaft abschotten.⁶⁶ Über einhundert TeilnehmerInnen von 48 ASten, StuRä, studentischen Initiativen und Verbänden waren der Einladung in das ehemalige Pionierferienlager des ehemals Volkseigenen Betriebes Sprengstoffwerke Schönebeck, letzteres noch nicht ehemalig, in Friedrichsbrunn/Harz gefolgt.

Die Anwesenden mussten in ihren Diskussionen vor allem die weitverbreitete Skepsis berücksichtigen, die unter vielen westdeutschen StudierendenvertreterInnen gegenüber verbandsför-

⁶³ Vgl. Peer Pasternack: Ein abgeschlossener Fall? Die Affäre Heinrich Fink 1990-1997, in: *hochschule ost* 3-4/1997, S. 214- 246, hier 226-239.

⁶⁴ Vgl. Jürgen Krause: Wie setzt man in Thüringen einen Rektor ab, in: *hochschule ost* 2/1992, S. 64.

⁶⁵ Vgl. KdS (Hg.): Auf dem Land und den Städten Alle Macht den Räten! Informations-Heft über die Positionen und Forderungen der Konferenz der StudentInnenschaften (KdS). Berlin o.J. (1991); KoRa der KdS, Projektgruppe Studentenwerke (Hg.): Studentenwerke in den neuen Bundesländern. Seminar 22.-24. März in Dresden. Dresden 1991; KdS (Hg.): Novellierung der Landeshochschulgesetze in den FNL. Berlin 1991; KdS (Hg.): Novellierung der Landeshochschulgesetze in den FNL II. Berlin 1991; KdS (Hg.): Hochschulrahmengesetz (HRG) – Genesis im Westen und Wirkung im Osten. Seminar am 11. Januar 1992 an der TH Ilmenau. Berlin 1992; KdS (Hg.): Das Hochschulsystem nach der deutschen Neuvereinigung: Umbau im Osten und Konservierung im Westen? Die HRG-Diskussion zwischen schon vertanen und bisher noch nicht genutzten Chancen. Anhörung zu den Inhalten einer anstehenden Novellierung des Hochschulrahmengesetzes, Berlin, 27. Februar 1992. Berlin 1992.

⁶⁶ Vgl. runder tisch der studentInnenschaften 22. bis 24. Mai 1992. reader zur vorbereitung. o.O. o.J. [Bonn/Berlin 1992]; Peer Pasternack: Viel Aufwand, um anzulangen, wo wir schon vor zwei Jahren waren. Der Runde Tisch der StudentInnenschaften in Friedrichsbrunn (Ostharz) und Fortfolgendes, in: *hochschule ost* 7/1992, S. 59-63.

migen Strukturen herrschte. Die Erinnerung an die zentralistische Kampagnenpolitik des vds-Vorstands saß noch tief. Schließlich einigten sich die Versammelten auf eines: Es solle die Verknüpfung der Knotenpunkte von studentischen Aktivitäten initiiert werden, mit anderen Worten: die Selbstorganisation eines Netzwerkes sei zu befördern. Voraussetzung dieser Idee war, dass Netzwerke nicht gegründet werden können, sondern sich bilden: dann, wenn es bei den jeweiligen Akteuren ein Bedürfnis nach Vernetzung gibt. Zu vernetzende Knotenpunkte seien in bestehenden Strukturen zu suchen, also Fachschaftstagen, vorhandene Verbände wie FKS oder KdS, Landes-ASten- bzw. -StuRä-Konferenzen usw. Darüber hinaus solle festgestellt werden, wo die für ein Netzwerk der StudentInnenschaften notwendigen Knotenpunkte noch fehlen. Deren Bildung sei dann zu animieren.

Praktische Folgen hatten diese Ergebnisse intensiver Diskussionen nicht.

KdS-intern führten im Laufe des Jahres 1992 die geringen meßbaren Ergebnisse der Arbeit und die unzureichende Beteiligung der lokalen StuRä an überregionalen Aktivitäten zu Motivationsproblemen. Überdies hatte die KdS permanent damit zu tun, sich zu finanzieren. Die StuRä verfügten 1991/92 noch nicht über eigene Einnahmen und lebten lediglich von FDJ-Altgeldern⁶⁷ oder Zuweisungen aus den örtlichen Hochschulhaushalten. Das führte zu einer problematischen Beitragszahlungsmoral der StudentInnenvertretungen gegenüber ihrem Dachverband.

In einer Erklärung des KdS-Koordinierungsrats findet sich die Situation Ende 1992 folgendermaßen beschrieben:

„Das abnehmende Engagement der Studierenden für ihre eigenen Probleme in den Hochschulen führt zu ähnlichen Bedingungen wie in den alten Ländern. Die Arbeit der Studierendenvertretungen, von zahlreichen Barrieren und Hindernissen bestimmt, erfüllt die Ansprüche der Gründungszeit nicht mehr. [...] ... hat sich die Mitarbeit auf überregionaler Ebene gewandelt. Neben Zerklüftung durch Landesinteressen und die Politik der Landesregierungen beschränkte sich die personelle Anteilnahme zunehmend, da vor Ort tiefgreifende Probleme gelöst werden mußten. Eine finanzielle Unterstützung der Arbeit auf überregionaler Ebene war aufgrund der Gesetzgebung der Länder sowie deren Verfahrensweisen gegenüber den Vertretungen nicht möglich. [...]

Ebenso wurde einheitlich festgestellt, daß es dem Koordinierungsrat nicht gelungen ist, Sinn und Zweck der Interessenvertretung auf Bundesebene zu vermitteln ... Die Vermittlung war jedoch ... systembedingt nicht möglich. Weder die Initiativen zur Reform des BAFöG, die Stellungnahme zum Memorandum zur Hochschulentwicklung noch jede andere Initiative hatten eine sichtbare Wirkung. Signifikant für die Vertretungsarbeit und deren Erfolge waren die Anhörungen vor dem Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft, die uns zeigten, daß ein Wille zur Beteiligung der Angehörten an den zu fallenden Entscheidungen nicht Sinn und Zweck der Veranstaltungen war. Erzielte Erfolge waren am Aufwand gemessen nicht vertretbar ... Negative Erfahrungen und Auffassungen mit und zu bundespolitischer Vertretung sind nicht den Studierenden und ihren Vertretungen, sondern den verkrusteten politischen Strukturen anzulasten.“⁶⁸

Als dies vom KoRa formuliert wurde, war er bereits kein Koordinierungsrat mehr, sondern Liquidationsausschuß der KdS. Denn die Cottbuser Mitgliederversammlung vom November 1992 hatte die Selbstauflösung des Verbandes beschlossen. Zur eigenen Beruhigung hatte die MV den Auflösungsbeschluß mit der Option verknüpft, ein halbes Jahr später über die Gründung eines Informationsnetzwerkes zu beraten. Ein dreiviertel Jahr später traf man sich tatsächlich, im Juni 1993 in

⁶⁷ Die an den DDR-Hochschulen existierenden „Fonds junger Sozialisten“ waren im Zuge der Übernahme der FDJ-Kompetenzen an die StudentInnenräte übergegangen.

⁶⁸ Koordinierungsrat der KdS: Erklärung zur Umgründung der KdS in ein Informationsnetzwerk. Abgedruckt in: *hochschule ost* 12/1992, S. 72 f.

Halle/S., um die Folgen der Selbstauflösung der KdS zu besprechen. Doch auch der Idee eines Info-Netzwerkes war dort keine sonderliche Karriere beschieden. Es fehlte die Lust, verbindliche Verpflichtungen zu übernehmen:

„Zwar war ohne viel Federlesens und ohne es direkt auszusprechen von der Info-Netzwerk-Idee Abstand genommen worden und damit auch der letzte Rest der KdS-Idee zu den Akten gelegt worden. Aber irgendwie meinten alle, sich irgendwo gelegentlich wiederzusehen, und deshalb war alles nicht so schlimm... Nur der Rest-KoRa stand nachdenklich am Portal und sah den in ihren Mittelklasse-Limousinen davonbrausenden studentischen Räten hinterher“;⁶⁹

schrieb melancholisch ein KdS-Aktivist in dem „ultimativ letzten Reader“, den die in Liquidation befindliche KdS Anfang 1994 herausgebracht hat.

In der Folgezeit rumorten die ostdeutschen Studentenvertretungen meistens vereinzelt herum. In Thüringen und Sachsen arbeiteten leidlich gut funktionierende Koordinationsstrukturen auf Landesebene. Während die westdeutschen ASten 1993 zum letzten Dachverbandsgefecht ansetzten und tatsächlich einen „freien Zusammenschluß von studentInnenschaften“ (fzs) gründeten⁷⁰ – während dessen hatten sich die ostdeutschen StuRä mit der KdS-Auflösung und der Absage an die (bescheidenere) Idee des Info-Netzwerkes für einige Zeit von dem strukturell verfestigten Zwang befreit, das lokale Handeln gelegentlich in übergreifendere Zusammenhänge einzuordnen.

Pragmatismus vor Ort: 1993 – 1995

Mit der Verabschiedung der (in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Sachsen die Hochschülerneuerungsgesetze ablösenden) Landeshochschulgesetze (LHG) bzw. dem Ergänzungsgesetz zum BerlHG in Berlin hatte sich die Situation studentischer Interessenvertretung in Ostdeutschland etwas ausdifferenziert. Dies zeigte sich am deutlichsten in den Regelungen zur Verfaßten Studentenschaft und den Verfahren zur Wahl ihrer Organe. Beide Punkte waren von den Gründungsintentionen der StuRä her konstitutiv für ihr spezifisches Selbstverständnis:

- Brandenburg hatte die Verfaßte Studentenschaft bereits mit dem LHG von 1991 eingeführt. Das Wahlverfahren stellt eine Mischung aus Mehrheits- und Verhältniswahl dar.
- In Berlin setzte die Präsidentin der Humboldt-Universität 1993 eine Wahl zum Studentenparlament an, nachdem die zwangsweise Einführung des Stupa/AStA-Modells zu allgemeiner Vertretungslethargie geführt hatte. Um sich wenigstens verbal vom ungeliebten Modell abzusetzen, heißt der AStA an der Humboldt-Uni seither RefRat (ReferentInnenrat), versehen mit dem Klammerausdruck „gesetzl. AStA“, und nimmt für sich in Anspruch, die westdeutschen Rituale des Politikspielens im studentischen Bereich zu vermeiden. Dennoch müssen Listenwahlen durchgeführt werden.
- In Sachsen war das ursprüngliche Modell fast beibehalten worden, indem als Personen kandidierende StudentInnen die Fachschaftsräte bilden, welche wiederum VertreterInnen in den Hochschul-StuRa entsenden. Gleichwohl hält das sächsische LHG die Option von ungebundenen Listenwahlvorschlägen ebenfalls offen.

⁶⁹ Semestertreffen ostdeutscher StudentInnenRäte Martin-Luther-Universität Halle/S. 25./26. Juni 1993, in: Konferenz der StudentInnenschaften (Hg.), *Der ultimativ letzte Reader. KdS*, Berlin 1994, S. 21.

⁷⁰ Vgl. Thomas Molck: Über die Zusammenarbeit der StudentInnenschaften in Deutschland bis 1993, in: *hochschule ost* 3/1994, S. 34-44; desweiteren fzs: Dachverband der StudentInnenschaften gegründet, in: *hochschule ost* 12/1993, S. 119f.

- Thüringens Hochschulgesetz bestimmt grundsätzlich die Durchführung von Verhältniswahlen. Davon könne jedoch „insbesondere abgesehen werden, wenn wegen der überschaubaren Zahl von Wahlberechtigten ... die Mehrheitswahl angemessen ist.“ (§ 40, 1 ThürHG) So geschieht es seither auch an den meisten thüringischen Hochschulen.
- In Mecklenburg-Vorpommern hatten die auswärtigen Berater zwar die entsprechende Diskette eingepackt. Jedoch gab es offenbar Unsicherheiten im Umgang mit dem Suche-Ersetze-Befehl: Obgleich der Sache nach ein Studentenrat gewählt wird, heißen die Gremien der studentischen Selbstverwaltung im dortigen Landeshochschulgesetz „Studentenparlament“ und „AstA“.
- In Sachsen-Anhalt wurde die Verfaßte StudentInnenschaft ausgehöhlt: Ihr anzugehören, war seit 1993 freiwillig und setzte eine entsprechende Willenserklärung bei der allsemestrigen Rückmeldung voraus. 1995 führte die dann amtierende SPD/Bündnis90-Grünen-Regierung die ursprüngliche Pflichtmitgliedschaft zumindest für die ersten Semester wieder ein.

Es überwogen also nach wie vor die nicht über Listen-, sondern über Personenwahlen zustande gekommenen Vertretungen. Bei diesen fallen interne Fraktionskämpfe weitgehend weg, weil es keine formellen Fraktionen gibt. Debatten sind weniger macht-, sondern mehr sachorientiert. Die studentische Basismeinung wird ungefiltert reflektiert. So zumindest die ursprünglichen Ideen. Freilich: Mittlerweile gab es auch in Ostdeutschland ein statusbewußtes studentisches Funktionärstum. Dieses weiß die Insignien der Ämter – Büro, Bürotechnik und Schlüsselberechtigungen – , privilegierte Einladungen zu offiziellen Feierlichkeiten der Hochschule, namentliches Bekanntsein bei Hochschulleitung und Hochschulöffentlichkeit usw. zu schätzen und zu genießen.

Dennoch spielten die ursprünglichen Ideen durchaus noch eine Rolle. Inhaltlich spiegelte sich das in den Schwerpunktsetzungen. Die lagen vorrangig bei sozialen Problemen und Kultur. Kinderbetreuung, Semesterticket, Erhaltung der Studentenklubs, Jobvermittlung, Uni-Kino – die StuRä kümmerten sich. Politik im engeren Sinne spielte eher keine oder eine untergeordnete Rolle, und wenn, dann aufgrund aktueller Anlässe wie Änderungen in der Hochschulgesetzgebung. Wegen der mangelnden Kontinuität hierbei fehlten dafür freilich meist studentische ExpertInnen, sobald es drauf ankam.

So zeigten sich dann auch die Probleme des Modells: Fraktionen in den StuRä gibt es nicht nur deshalb nicht, weil keine Listen zu den Wahlen antreten. Vielmehr fehlten an den Ost-Hochschulen weithin auch die handlungsfähigen politischen Studierendengruppen/-verbände, die ggf. die Listen hätten bilden können. Soweit die Debatten in den StuRä sachorientierter als in vielen westdeutschen ASten und Stupas wirkten, hatte dies auch eine eher problematische Ursache: Die Sachorientierung war nicht zuletzt Ausdruck eines auf die Spitze getriebenen Pragmatismus, und dieser implizierte, dass die eigene Hochschule übergreifende – politische oder hochschulpolitische – Gesichtspunkte oft keine Rolle spielten. So entstand der Eindruck, man sei näher an den Problemen dran.

Gleichwohl: Selbst innerhalb der so beschriebenen Situation zeigten die StudentInnenvertretungen auch Mobilisierungsfähigkeit – am deutlichsten Ende 1995, als der damalige Bundesbildungsminister die Sommerpause genutzt hatte, um die Umstellung des Darlehensanteils am BAföG auf Verzinsung bekannt zu geben (sog. BAföG-Strukturreform). Die StuRä in Dresden, Leipzig, Halle/S. und Ilmenau nutzten den September zur Organisation von Informationsaktionen, mit denen nach Semesterbeginn im Oktober die Studierenden auf möglicherweise noch Kommendes

eingestimmt wurden. Es kam dann auch noch etwas: Am 13. Dezember 1995, kurz vor den Weihnachtsferien, wurde die BAföG-Strukturreform im Bundeskabinett beschlossen. An einigen Orten fanden Besetzungen von BAföG-Ämtern und spontane Proteste anderer Art statt. Der Uni-Betrieb war tageweise ausgesetzt. In Fußgängerzonen fand sich das typische studentische Protestformen-Repertoire – öffentliche Vorlesungen und Diskussionsrunden, Verkauf von Kuchen mit (kostenlosem) Flugblatt an Passanten und sonstige Effekttaktionen – zelebriert. In Sachsen wurde zugleich versucht, mit dem sächsischen Wissenschaftsminister, der ein anderes BAföG-Modell als die Bundesregierung vertrat, gemeinsame Initiativen zu starten.⁷¹

In der Natur der Sache liegt es freilich auch, dass Mobilisierung ein zeitlich begrenzter Vorgang ist, also nicht beliebig ausgedehnt werden kann. Als dann noch einmal ein bundesweites Zeichen gesetzt werden sollte, indem eine Großdemonstration am 2. Februar 1996 in Bonn stattfand, war an einigen ostdeutschen Hochschulen die Luft bereits wieder raus. Die angekündigten Leipziger DemonstrantInnen etwa blieben zu Hause:

„Statt dessen erreicht die machtvolle Demonstration ein Fax vom StudentInnenrat: Zur geplanten Abfahrtszeit hätten sich nur ‚vier Journalisten, ein Busfahrer und ganze zehn Studis‘ vor der Uni versammelt. Man wäre dann lieber daheim geblieben. ‚Der Überbau ist von der Basis verlassen worden‘, schrieb der Leipziger StuRa.“⁷²

Überregionale Zusammenarbeit der Studierendenschaften 1994/95

Dem Pragmatismus vor Ort entsprach ein verbreitetes Desinteresse an überregionaler Zusammenarbeit.⁷³ Im bundesdeutschen Dachverband der StudentInnenvertretungen *fzs* war der Rostocker Uni-StuRa alleiniges Ost-Mitglied (bis 1998, dann trat auch er aus). Überregionale Zusammenarbeit der StudentInnenräte gab es lediglich noch in Thüringen, wo eine Konferenz Thüringischer Studentenschaften (KTS) existierte, und – zumindest sporadisch – in Sachsen innerhalb der Konferenz der sächsischen Studentenräte (KSS). Eher zufällig dürfte es sein, dass in beiden Ländern diese überregionalen Gremien auch Eingang in die Hochschulgesetze gefunden hatten (§ 73, 8 ThürHG, § 94 SHG).

Nach dem vorerst letzten überregionalen Ost-Treffen im Juni 1993 in Halle war ein Jahr später die KTS erneut in diese Richtung initiativ geworden. Im Juni 1994 trafen sich an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar VertreterInnen ostdeutscher StuRä, ohne damit gleich wieder die Idee eines erneuten Zusammenschlusses neu zu beleben. Als Grund der Initiative wurde die „permanente Ignoranz der Probleme bei der Umstrukturierung der ostdeutschen Hochschullandschaft bei ‚bundesweiten‘ Treffen, Netzwerken oder sogar Dachverbänden“ angegeben.⁷⁴

⁷¹ Vgl. Falk Bretschneider/Andreas Mai: Vom „Runden Tisch“ zum „Bildungssparschwein“. Studentischer Protest gegen die BAföG-Verzinsung in Leipzig und in Ostdeutschland 1995/96, in: *hochschule ost* 4/1996, S. 19-30.

⁷² Pascal Beucker: Abwehrkampf und Naivität. Wenn Studierende in West & Ost Politik machen. Das Beispiel BAföG, in: *hochschule ost* 4/1996, S. 31-42, hier 42.

⁷³ Ausführlicher vgl. Peer Pasternack: New Kids On The Ostblock. Von Oststudierenden, StudentInnenräten und Dachverbänden, in: *hochschule ost* 3/1994, S. 45-54.

⁷⁴ Treffen Netzwerk der ostdeutschen Studierendenschaften in Weimar 17.-19. Juni 1994 (in diesem Band unter B. 3.1.)

Das Treffen ließ eine fortwirkende Aversion gegenüber einem strukturell verdichteten überregionalen Zusammenhang deutlich werden. Allerdings wurde die Idee begrüßt, sich im kommenden Semester erneut zu verabreden. Dabei sollten, so wurde beschlossen, aufgrund der seinerzeit erwarteten Länderehe Berlin-Brandenburg möglichst auch die FU und die TU Berlin teilnehmen, „allerdings unter der Voraussetzung, dass sie sich in die ‚ostdeutsche Mentalität‘ integrieren können“.⁷⁵ Die ASTen von FU und TU nahmen auch in Zukunft nie an derartigen Treffen teil.

In loser Folge fanden dann in den nächsten Semestern solche Zusammenkünfte aber tatsächlich statt. Jedoch erforderten sie jedes Mal eine spezielle Initiative eines einzelnen StudentInnen-Rates, da es ja keine übergeordnete Struktur gab, die eine gewisse Regelmäßigkeit der Treffen hätte absichern können. Ein Vertreter des nach wie vor westdeutsch gebliebenen *freien Zusammenschluß von studentInnenschaften* (fzs) reiste regelmäßig an, konnte aber nur fortbestehende Fremdheit resümieren:

„Nach wie vor tut sich der fzs schwer mit der Akzeptanz und vor allem mit der Integration der StudentInnen aus StudentInnenschaften in den neuen Bundesländern in die bundesweiten Diskussionen. Zwar bestehen inzwischen einige persönliche Kontakte, aber ansonsten fehlt eine gemeinsame Basis. So bildet ein unregelmäßig etwa einmal im Semester stattfindendes Ost-Treffen gute Gelegenheiten für Kontakte ... Weitergehende, sonst bundesweit diskutierte Themen sind leider nicht Gegenstand der Diskussion. Sehr stark wird die Situation an den eigenen Hochschulen in den Mittelpunkt gerückt. So wird aus dem Ost-Treffen in erster Linie ein Erfahrungsaustausch und Motivationsmoment.“⁷⁶

Diese Art der Arbeit produzierte allerdings auch in den eigenen Reihen Unzufriedenheit. So verlautete aus Rostock:

„Am 9. und 10. Juni [1995] fand wieder ein Treffen von StudentInnenräten aus den fünf neuen Bundesländern und Berlin statt. Beim letzten Treffen im Januar hatten wir uns alle ganz fest vorgenommen, dieses Mal gut vorbereitet zu kommen, um zu den verschiedenen Themen wie Hochschulzugang, Studienordnungen, Globalhaushalt, Evaluation etc. inhaltlich gut fundierte Diskussionen zu erreichen. Leider blieb es auch diesmal wieder größtenteils bei den guten Vorsätzen und die Vorbereitung von den meisten aus. ... War aber trotzdem ganz nett.“⁷⁷

Es lag nahe, dass irgendwann eines bemerkt wurde: auf Dauer wird es ganz so sporadisch nicht weitergehen, zumal 1996 die Semestertreffen der StuRä auch wieder einschließen. Doch Anfang Oktober 1996 sollte es soweit sein.

Studentische Ost-Vernetzung 1996 – 2000

„Grundanliegen soll das Aufbrechen des Schweigens zwischen studentisch-politisch Aktiven auf überregionaler Ebene sein.“ Mit diesem Satz lud der RefRat der Berliner Humboldt-Universität für das Wochenende vom 4.–6. Oktober 1996 zu einem „Treffen ostdeutscher StudentInnenvertretungen“ ein. Die Gründungsgeneration der StudentInnenRäte vom Anfang der 90er Jahre war inzwischen schon derart lange nicht mehr dabei, dass die jetzt Aktiven nur noch dunkel wussten, dass es einmal einen überregionalen Verband der StuRä, die KdS, gegeben hatte. Dennoch gab es einerseits Vorbehalte gegenüber einem Dachverband – die sich allerdings eher aus der aktuellen Wahrnehmung des fzs speisten –, wie andererseits ein Bedürfnis nach verstetigtem überregionalen Kon-

⁷⁵ ebd.

⁷⁶ Rechenschaftsbericht des Vorstandes (Stephan Haux), in: *fzs-Rundbrief* No. 12/April 1995, S. 26.

⁷⁷ Julia, StuRa Uni Rostock: Ost-StuRä-Treffen in Leipzig, in: *fzs-Rundbrief* No. 14/Juli 1995, S. 40.

takten artikuliert wurde: „ein Treffen der ostdeutschen Studierendenvertretungen sollte sich weiter als eine lose Informations- und Koord.struktur – ohne Dachverbandsanspruch – verstehen“, hält das Protokoll fest.⁷⁸

Bereits für Anfang November 1996 verabredeten sich die StudierendenvertreterInnen zu einer nächsten Zusammenkunft. Diese firmierte dann schon als „2. o.s.t.“. Man wolle nun weitermachen, „um letztlich als ‚o.s.t.‘ handlungsfähig zu werden“.⁷⁹ Diskutiert wurden Hochschulstruktur-entwicklungen, Ausbildungsförderung, Studiengebühren und HRG-Novellierung.⁸⁰ Anfang Januar 1997 war das nächste Treffen, Anfang April 1997 das übernächste, Mitte Juni traf man sich erneut. Es entwickelte sich also eine gewisse Zusammenarbeitsdynamik. Ein Jahr nach dem hoffnungsvollen Beginn, im Oktober 1997, werden dann wieder die typischen Probleme überregionaler studentischer Kooperation artikuliert:

„Nach einem Jahr o.s.t.-Erfahrung wird offensichtlich, dass die bisherigen provisorischen Strukturen auf Dauer nicht tragfähig sind. Ohne wesentliche Veränderungen besteht die akute Gefahr, dass das o.s.t. auseinanderbröckelt. Bereits jetzt klinken sich immer mehr studentische VetreteterInnen aus der gemeinsamen Arbeit aus.“⁸¹

Vorgeschlagen wird u.a. ein „etwa monatlich tagender Koordinationsrat (KoRa)“, um das Problem zu beheben, dass das o.s.t. eine Struktur ohne festen Ansprechpartner ist.⁸²

Zugleich hatte das 1997er Herbstsemester begonnen, das eine in Gießen beginnende Welle von Studierendenprotesten gegen die Unterausstattung der Hochschulen brachte. Nach einer gewissen Irritation, ob diese Probleme allein im Westen virulent seien oder auch den Osten betreffen, kam auch an den Ost-Hochschulen eine Protestwelle in Gang. Nicht dass es an den ostdeutschen Hochschulen nichts Kritikwürdiges gegeben hätte – doch war dort gerade keine Situation, in der sich die Probleme zu einem richtigen Protestanlass aufgeschaukelt hätten. Auch der unmittelbare Auslöser in Gießen – nämlich ein zwar prüfungsrelevantes, aber wegen Überfüllung teilnehmerbegrenztes Seminar – war eher ein typisch westdeutsches Problem, das 1997 im Osten nur in wenigen Fächern auftrat. Insofern zeigte sich an dem verspäteten Übergreifen der Proteste auf das ostdeutsche Siedlungsgebiet die anhaltende Entkopplung der östlichen und westlichen Hochschulentwicklung. Dennoch kam es dann aus Solidarität mit den westdeutschen KommilitonInnen und weil jede/r Studierende während des Studiums auch wenigstens einmal richtig protestiert haben möchte, zu Aktionen an den Osthochschulen.

Ende Januar 1998 tagte das o.s.t. in Berlin und hatte Gelegenheit zum Resümee. In Brandenburg z.B. hatte man

„Potsdamweit bis zum 5. Januar (gestreikt) und begab sich anschließend in die Protestphase. Um die eigene Durchschlagskraft zu erhöhen, hatte mensch das Sozialbündnis wiederbelebt und so zeitweilig 4–10.000 Leute zusammenbekommen. Selbst an der Uni gab es Aktivistas und Interessierte – doch mit ihnen auch das Grundproblem Orientierungslosigkeit. Dies aufzulösen sieht der StuRa auch weiterhin

⁷⁸ Treffen ostdeutscher Studierendenvertretungen. Arbeitsgruppe „weitere Zusammenarbeit“, gemeinsames Plenum, in: Nachbereitungsreader zum „Treffen ostdeutscher Studierendenvertretungen“ vom 04.-06. Oktober 1996 an der Humboldt-Uni Berlin, o.O. o.J. [Berlin 1996], S. 13.

⁷⁹ Einladung zum 2. o.s.t., Leipzig, den 30. Oktober 1996.

⁸⁰ O.S.T. Ostdeutsches-Studierendenvertretungs-Treffen. Pressemitteilung, [AstA] FH Brandenburg, o.D.

⁸¹ Christian Schmidt-Gütter: Vorschlag für die künftige Arbeit des o.s.t. Erarbeitet beim Treffen am 24.-26.10. 1997 in Rostock, Blatt 1.

⁸² Ebd., Blatt 2.

als seine Aufgabe an, da für zukünftige Proteste noch mehr StudentInnen eingebunden werden sollen, die einer entsprechenden ‚Schulung‘ bedürfen.“

In Rostock hingegen „wurde der Streik gegen die Mehrheit des StuRas beschlossen und von einem Streikkomitee, das neben dem StuRa einherwuselte, betrieben.“⁸³ Insgesamt gab es im ganzen Osten Aktionstage, tageweise Hochschulstreiks oder sonstige Aktivitäten. Ebenso wie im Westen gab es auch allgemeine Zustimmung zu den Streikzielen seitens der Hochschulleitungen, der Landes- und der Bundespolitiker: Schuld an Missständen waren jeweils die anderen.

Das o.s.t. tagt seither weiter, diskutiert Fragen wie Evaluation, HRG-Novellierung und Studiengebühren. Auf dem Treffen im November 1999 wurde die Idee ventiliert, das o.s.t. für Studierendenvertretungen aus dem gesamten Bundesgebiet zu öffnen, es aber zugleich bei einem reinen Info-Treffen zu belassen. Zumindest der schöne Name müsste dadurch nicht gefährdet sein: Man könne sich ohne Probleme auch in „Offenes Studierendentreffen“ umbenennen.

Fazit

Am Anfang studentischen Bewegtseins in Ostdeutschland stand die Emanzipation von den Wertvorstellungen und Institutionen des real-sozialistischen Systems. Dieser Prozeß war naturgemäß *auch* geprägt durch Verhaltensformen und Affinitäten, die zu dem gehörten, von dem es sich zu emanzipieren galt. Zugleich konstituierte sich die Studierendenschaft sukzessive als soziale Gruppe, die Ansprüche an die Gesellschaft hatte, diese formulierte und deren Erfüllung von der Gesellschaft einforderte. D.h. es bildete sich erstmals ein Eigenbewußtsein der Studierenden von sich selbst als Gruppe mit gemeinsamen Interessen, die gemeinsam zu vertreten waren. Die eigenständige Abschaffung der Fremdverwaltung der Studierenden und die Durchsetzung ihrer Selbstverwaltung durch die Bildung unabhängiger StudentInnenRäte war originärer Bestandteil des demokratischen Aufbruchs im Lande.

Nach einer euphorischen Aufbruchsphase kam es zur Pragmatisierung der Ansprüche. Dies geschah zudem im Zusammenhang mit alsbald einsetzenden gesellschaftlichen Verteilungskämpfen und war von daher stark auf soziale Interessen konzentriert.

Die studentischen Handlungsformen waren durchgehend dominiert von pragmatischer Gremienarbeit und wurden phasenweise koloriert durch Aktionen in den Mustern klassischer studentischer Protestformen: Vorlesungstreik, Demo, Uni-Blockade, Sit-in/Hochschulbesetzung. Lediglich das Sprengen von Gremiensitzungen blieb auch dann unüblich. Die pragmatische Gremienarbeit wurde in der Kernphase der Hochschultransformation in der ersten Hälfte der 90er Jahre recht bald Domäne sich herausbildender studentischer Experten. Soweit Studierende Wirkungen im Zuge des ostdeutschen Hochschulumbaus zu erzielen vermochten, geschah das zuvörderst über diesen Aktivitätsstrang. In selteneren Fällen wurden auch durch Protestaktionen Modifizierungen ins Auge gefaßter bzw. bereits getroffener Entscheidungen erreicht. Aber auch dort bedurfte es immer der trainierten Verhandlungsführer. Diese studentischen Vertretungs'eliten' entwickelten in kürzester Zeit eine z.T. bemerkenswerte Sachkompetenz, prägten die örtlichen Erneuerungsprozesse wesentlich mit und zeigten sich in diesem Punkt wesentlichen Teilen der ProfessorInnenschaft gegenüber

⁸³ Berichte aus den Ländern, in: Nachbereitungsreader zum 8. o.s.t. vom 23.-25. Januar 1998 an der Humboldt-Uni Berlin, o.O. o.J. [Berlin 1998], S. 6f.

überlegen. Das anfangs hoffnungsvoll stark basisgetragene studentische Bewegtsein hingegen fand in diesen Abläufen relativ schnell zu westdeutscher Normalität: Beteiligung an der Interessenvertretung war alsbald Sache einiger weniger.

Damit waren die Voraussetzungen für die Bildung eines studentischen Funktionärstums gegeben. Der Umstand, dass es in allen ostdeutschen Ländern eine gesetzlich verankerte Verfasste Studierendenschaft gibt, sichert dieses auch strukturell ab. Daneben melden sich regelmäßig basisorientierte Studierende und erinnern daran, dass der StuRa kein AStA ist, also keine Politik gespielt werden solle, sondern es um Sachfragen ginge. Bis heute ist die StuRa-Story weithin eine Anti-AStA-Story. Dies gilt selbst für die Studierendenschaften, die unterdessen selbst einen AStA wählen, also Listen- statt Fachschaftsvertreterwahlen durchführen: Einhellig lehnen die ostdeutschen Studierendenvertretungen den *freien Zusammenschluß von studentInnenschaften* (fzs) als überpolitisiert, zu wenig pragmatisch und unangemessen konfliktorientiert ab.

Das kann nicht zuletzt aus einem Grunde erstaunen: Während die StudentInnen westdeutscher Herkunft an Ost-Hochschulen zwischen 10 und 25% der jeweiligen Studierendenschaften ausmachen, sind sie zugleich in den studentischen Vertretungsgremien mit etwa einem jeweils doppelt so hohem Anteil präsent. Dort tragen sie das pragmatisch orientierte StuRa-Modell und die entsprechende Kooperationskultur voll mit, sind in dieser Hinsicht regelmäßig binnen kurzem gleichsam ossifiziert. Insofern ist der StuRa-AStA-Dualismus nicht mehr ausschließlich auf der Ost-West-Folie abbildbar.